Volksstimme

Redaktion:
Halle a. S., Gr. Brauhausstraße 17
Fernsprecher 6802
Sprechstunde täglich von ½12—½1 Uhr.

Sozialdemokratisches Organ (alte Partei)
für den Regierungsbezirk Merseburg
Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Verlag und Expedition:
Halle a. S., Große Ulrichstraße 27
Fernsprecher 5407
Postscheckkonto Leipzig Nr. 87573.

Nr. 278 | Bezugspreis: Monatlich 1.75 Mk. frei Haus. Bei Abholung 1.60 Mk. Bei den Postanstalten vierteljährlich 5.25 Mk. ohne Bestellgeld. Einzelnummer 15 Pfennig. | Halle, Mittwoch, den 3. Dezember 1919 | Anzeigenpreis: Die 8 gespaltene Millimeter-Zeile 25 Pfennig, im Reklameteil Millimeter-Zeile 75 Pfennig. — Schluß der Anzeigen-Annahme vormittags 9 Uhr. — | 3. Jahrgang.

Kaiserliche Randbemerkungen.

Durch eine seltsame Indiskretion erscheint Kautskys Buch „Wie der Weltkrieg entstand“, dessen Inhalt sich auf das Studium des gesamten deutschen Aktienmaterials im Auslande, noch ehe sein Inhalt in Deutschland bekannt ist. Ein Berliner Blatt, der „Lokalanzeiger“, veröffentlicht aus der Auslandspresse entnommene Auszüge, die freilich mit Vorsicht zu genießen sind, weil sie einmal an sich schon Auszüge aus zweiter Hand darstellen, und so an ihrer Objektivität noch weiter durch das sichtbare Bestreben des „Lokalanzeigers“ herabgemindert werden, die Belastung des wilhelminischen Systems zu vertuscheln und zu bemänteln.

Dennoch enthält selbst dieser gefärbte Auszug einiges Material, daß das bisher bekannte Bild von den Vorgängen bei Kriegsausbruch um einige Striche bereichert und ein paar weiße Stellen im Gemälde ausfüllt. Das Charakteristischste sind eine Anzahl Randbemerkungen aus der Feder Wilhelms II., die seine Rolle bei Kriegsausbruch in helles Licht rücken.

Ueber den Charakter Wilhelms sagen uns diese Anmerkungen freilich nichts Neues. Wenn Kautsky meint, die Randnoten des Kaisers böten das seltene Vergnügen, daß man einmal

den Kaiser in Unterhosen

zu sehen bekomme, so ist doch zu bemerken, daß der Kaiser in Paradeuniform schon längst nur noch in der Vorstellung unerschütterlicher Byzantiner existierte. Selbst vor dem Kriege hat man schon ganz erhebliche Stellen seines defekten geistigen Unterzeuges zu Gesicht bekommen, erinnert sei nur an die Enthüllungen des „Daily Telegraph“ im November 1908.

Das Charakterbild des Kaisers, wie es der nüchterne Beobachter sah, wird durch die Randbemerkungen nur bestätigt und verstärkt: Ein prahlerischer Großsprecher ohne jedes feste Wollen, der droht, schwadroniert und hetzt, sich brüstet und konspiriert, aber zurückprellt und ängstlich wird, sobald die Folgen seines eigenen Tuns zutage treten, der, nachdem er selber die Situation auf die Spitze getrieben hat, salbungsvoll und larmoyante Reden über die Schlechtigkeit der anderen führt, dem die Entschlußkraft zum Guten wie zum Bösen fehlt und der in entscheidender Lage den Kopf verliert, seine wichtigsten Entschlüsse vergißt oder rückgängig machen möchte, nachdem sie durch den Gang der Ereignisse unwiderruflich geworden sind.

Aber ein anderes sehen wir neu: Die verhängnisvoll entscheidende Rolle, die dieser minderwertige Charakter gespielt hat, als es sich um Wohl und Wehe von vielen hundert Millionen Menschen handelte. Abgrundtief tut sich

die Schuld eines Systems

auf, das diesem haltlosen Menschen das entscheidende Wort über Krieg und Frieden ließ.

Zuerst sehen wir Wilhelm, den Mutigen, dessen Mut wie gewöhnlich aus der Angst geboren wurde. Der Mord von Serajevo ist für ihn zunächst eine Angelegenheit des dynastischen Interesses. Gegen Königsmörder muß vorgegangen werden — um der eigenen Sicherheit willen! Ohne jede Ueberlegung schließt sich der Kaiser nach dem Attentat der Ansicht des alten Franz Josef an. In einem Handschreiben vom 5. Juli 1914 an seinen Verbündeten nennt er Belgrad „den Herd verbrecherischer Agitation“, der ausgerottet werden müsse. Töricht nur der Glaube, daß diese dynastische Angst um die eigene Sicherheit, die sich in immer neuen Entrüstungsphrasen äußert, auf die eigene Bevölkerung oder gar auf die Völker der westlichen Demokratien besonderen Eindruck machen würde. Wie falsch beurteilt man doch die Seele der Völker von der Höhe des Thrones!

Aus Angst wirft sich Wilhelm in die Mutpose. Zu dem Bericht, den Tschirschky am 30. Juni an den deutschen Reichskanzler richtet und der den Wunsch ausdrückt, mit den Serben gründlich abzurechnen, bemerkt Wilhelm: „Jetzt oder nie.“

Er fördert weiter die Kriegslust des Ballplatzes gegen Serbien, wobei aber seine Voraussicht über einen Krieg mit Serbien, allenfalls noch mit Rußland nicht hinauszugehen scheint. In Potsdam findet die berühmte Beratung statt, die freilich kein Kronrat ist, sondern ein Militärrat. Teilnehmer sind Tirpitz, ein Vertreter der Admiralität, ein Vertreter des Kriegsministeriums und einer des Generalstabes. Es wird beschlossen, auf alle Fälle vorbereitende Maßnahmen für einen Krieg zu treffen. Bewiesen wird diese Tatsache durch Aufzeichnungen des früheren Unterstaatssekretärs Freiherr von dem Busche für den Staatssekretär Zimmermann vom 13. Juni 1917.

Graf Berchtold berichtet am 10. Juli, daß man jetzt in Wien zu einem Entschluß kommen wolle. Wilhelm unterstreicht das jetzt und bemerkt ungnädig, es dauere recht lange, bis man zu einem Entschluß komme.

Seine Ungeduld ist kaum noch zu zügeln.

Als Berchtold weiter erklärt, daß er das Ultimatum so stellen wolle, daß Serbien es unmöglich annehmen könne, macht Wilhelm in einer Randbemerkung sofort praktische Vorschläge: „Den Sandschak räumen, dann sei der Krawall sofort da.“ Zu der Bemerkung des Grafen Tisza, daß man gentleman like vorgehen müsse, bemerkt Wilhelm höhnisch: „Gegenüber Mördern und nachdem, was vorgefallen ist!“

So sehen wir Wilhelm kräftig und mit Energie die österreichische Kriegshetzerpartei fördern. **Er hetzt und schürt nach Kräften.** Dann begibt er sich auf die Nordlandreise, um Europa in Sicherheit zu wiegen. Als er zurückkehrt, ist der Konflikt durch die österreichische Kriegserklärung bereits auf dem Höhepunkt. Aber Wilhelm ist noch mutig, er will nicht zurück. Alle Vermittlungsvorschläge weist er ab mit der Motivierung, daß er den Bundesgenossen nicht in den Arm fallen dürfe. Auf die Depesche des Zaren Nikolaus vom 29. Juli:

„Das Telegramm enthält eine versteckte Drohung und die einem Befehl ähnliche Aufforderung, den Alliierten in den Arm zu fallen.“

In einer Randbemerkung zum Berichte Lichnowskis über den ernsten Eindruck, den die österreichische Note in London hervorgerufen habe, bezeichnet Wilhelm die Serben kurzhin als eine „Räuberbande“. Zu der von Sir Edward Grey angebotenen Vermittlung bemerkt Wilhelm am Rande des Lichnowskischen Berichtes:

Ist überflüssig, denn Oesterreich hat Rußland schon orientiert und Grey kann ja nichts anderes vorschlagen. Ich tue nicht mit; nur wenn Oesterreich mich ausdrücklich darum bittet, was nicht wahrscheinlich ist. — In Ehren und vitalen Phrasen konsultiert man andere nicht.

Grey hatte eine Vermittlung durch die vier Mächte England, Deutschland, Frankreich und Italien vorgeschlagen. Wilhelm erklärte:

„Ich tue nicht mit.“

Als am 27. Juli aus den Aeußerungen Greys ange- [illegible] wird, daß England in dem Kriege nicht abseits stehen würde, aber die bisherige Freundschaft mit Deutschland pflegen wolle, solange der Konflikt sich auf Oesterreich und Rußland beschränke und in diesem Falle abseits stehen bleiben würde, bemerkt Wilhelm:

Das heißt: Wir sollen Oesterreich sitzen lassen. Ungemein und mephistophelisch, aber echt englisch.

So weist Wilhelm das englische Neutralitätsanerbieten zurück, in den nächsten Tagen aber äußert er sich sehr erzürnt über England und hält eine bittere Strafpredigt. Der moralische Katzenjammer ist bereits im Anzug. Der Mut macht salbungsvollen Phrasen Platz; phantastische Pläne zeigen die innere Angst: Die pharisäische Friedensheuchelei Englands müsse an den Pranger gestellt werden, die deutschen Agenten im Kaukasus, in der Türkei, Aegypten und Indien müßten die ganze mohammedanische Welt gegen dieses verlogene gewissenlose Krämervolk zum Aufstand bringen. (Irrsinn oder Naivität.) Weiter wörtlich:

Wenn wir schon verbluten sollen, soll England wenigstens Indien verloren gehen.

Damit England Indien verliere,

läßt Wilhelm das deutsche Volk verbluten.

Er sieht das bittere Ende voraus, stürzt sich dennoch in den Krieg mit phantastischen Hoffnungen, die einem Verfasser von Hintertreppenromanen allenfalls zur Zierde gereichen würden.

Das Finale: völlige Kopflosigkeit. Die Kriegserklärung an Rußland enthält eine doppelte Fassung der Gründe. Der Gesandte Graf Pourtales sollte nach den Umständen nur eine von beiden Begründungen überreichen, aber die russische Regierung erhielt beide Fassungen. Diese Verwirrung ist noch nicht der Gipfel. Um 1 Uhr nachmittags geht die Kriegserklärung nach Rußland, um 9 Uhr abends schreibt Willi, wie Wilhelm II. noch jetzt unterzeichnet, nochmals ein Telegramm an den Zaren, worin Verhandlungen angebahnt werden:

„Ich muß auf das Ernsteste von Dir verlangen, daß Du unverzüglich Deinen Truppen Befehl gibst, auch nur die kleinste Verletzung unserer Grenzen zu vermeiden.“

Das Telegramm wurde um 10 Uhr 30 Minuten abends abgesandt — neun Stunden nach der Kriegserklärung! **Wilhelm hatte vor Angst den Verstand verloren.**

Ueber das Kautskysche Buch wird noch viel zu schreiben sein, wenn es im Wortlaut vorliegt. Heute nur eine Bemerkung: Mit Wilhelms Randbemerkungen

stürzt der Nimbus der Hohenzollernmonarchie endgültig

vor der Weltgeschichte zusammen. Will man in Wilhelm keinen Verbrecher sehen, so war er zum mindesten ein armseliger hohlköpfiger Narr, ein Feigling in Heldenpose, der zur Maskierung seiner inneren schlotternden Angst energisch sein wollte und damit die Welt ins Unglück stürzte. So sieht der Mann aus, nach dessen Rückkehr sich heute die alldeutschen Kehlen heiser schreien!

Weitere Erhöhung der Kohlenpreise.

WTB. Berlin, 2. Dezember. Bei neuen Verhandlungen im Reichswirtschaftsministerium wurde dem Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikat unter Berücksichtigung des jetzigen Standes der Selbstkosten eine Erhöhung der gegenwärtig geltenden Preise um 7,50 Mark je Tonne ohne Steuer mit Wirkung ab 1. Dezember 1919 bewilligt.

Beilegung des Konflikts in der Hamburger Vulkanwerft.

Hamburg, 2. Dez. Bei der Besprechung des Arbeiterrates mit der Direktion der Vulkanwerft kam es zu einer Einigung. Die Arbeiter werden kommenden Mittwoch mit Beginn der neuen Lohnwoche wieder eingestellt, so daß der Betrieb der Werften seinen geregelten [illegible] Freitag ab wieder im Betriebe sein.

Revolution in Italien?

Vorläufig unkontrollierbare Meldungen über Paris besagen, daß in Italien die Revolution ausgebrochen sei. Die telephonische Verbindung zwischen Frankreich und Italien soll seit zwei Tagen gesperrt sein. Unruhen soll es in den größeren Städten gegeben haben.

Eröffnung der italienischen Kammer.

Rom, 2. Dezbr. (Stefani.) Zu Beginn der heutigen Kammersitzung leisteten die Sozialisten den Eid. Der Kandidat der Regierung, Orlando, wurde mit 251 Stimmen zum Kammerpräsidenten gewählt. Der Kandidat der Sozialisten Lazzari erhielt 143 Stimmen.

Wiederzusammentritt des amerikanischen Kongresses.

WTB. Washington, 2. Dezember. Reuter. Der 66. Kongreß ist gestern eröffnet worden. Er wird wahrscheinlich bis zum Herbst zusammenbleiben. Die Botschaft des Präsidenten wird für heute erwartet.

Der Konflikt zwischen Amerika und Mexiko.

Amsterdam, 2. Dezember. Wie dem „Handelsblad“ aus Washington gemeldet wird, hat die amerikanische Regierung an die mexikanische eine neue Note gerichtet, in der sie darauf hinweist, daß ihre beiden früheren Noten durch die mexikanische Regierung mit vollständiger Gleichgültigkeit behandelt seien und daß sie das Gefühl habe, daß die Regierung von Mexiko mit den Amerikanern Spott treiben wolle.

Der Bergarbeiterstreik in Amerika.

Die „Daily Mail“ meldet aus New York, daß nach dem Abbruch der Kohlenkonferenz in Washington 300 000 Bergleute streiken. Die Kohlenförderung ist um 40 Prozent zurückgegangen. Der Mangel an Brennmaterialien ist besorgniserregend. Die Wirkungen des Streiks beeinflussen das amerikanische Wirtschaftsleben empfindlich. Auch nach Beendigung des Ausstandes muß mit einem Produktionsrückgang von 100 Millionen Tonnen Kohle im Jahr und mit einer durchschnittlichen Arbeitszeit von 200 Tagen im Jahr gerechnet werden. Die „Times“ melden, daß infolge des Kohlenmangels in den Mittel- und Weststaaten viele Fabriken den Betrieb einstellen mußten.

Die Entente hilft auch.

Wien, 2. Dezbr. Den Abendblättern zufolge hat der „Oberste Rat“ entsprechend dem Beschluß der interalliierten Kohlenkommission beschlossen, daß aus dem oberschlesischen Produktionsgebiet an Oesterreich fortab monatlich 200 000 Tonnen Steinkohle zu liefern sein werden.

Kabinettskrise in Spanien. Havas meldet aus Madrid, daß das Ministerium zurückgetreten ist.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519191203-14/fragment/page=0001
DFG

Die neue ablehnende Kriegsgefangenennote Clemenceaus

Berlin, 2. Dezember. Dem deutschen Vertreter in Paris ist am 2. Dezember eine von Clemenceau unterzeichnete Note zugegangen, in der es heißt:

Sie haben am 27. November ein Schreiben über die Heimschaffung der deutschen Kriegsgefangenen an mich gerichtet, das eine Reihe von Behauptungen enthält, deren schneidender Ton nicht ausreicht, um ihre Unrichtigkeit zu verdecken.

Ganz allgemein hatte Deutschland in der Kriegsgefangenenfrage nur ein in dem von ihm unterzeichneten Friedensvertrag formuliertes Recht, nämlich auf den Beginn der Heimschaffung mit dem Tage der Inkraftsetzung des Vertrages, die auf den endgültigen Austausch der Ratifikationsurkunden erfolgt. Jede Abweichung von diesen Bestimmungen, die für die Vertragsstelle festgesetzt sind, ist eine Vergünstigung. Die Behauptung, die Gefangenen seien schuldlos und für die Kriegsvorgänge nicht verantwortlich, hält übrigens der Prüfung nicht stand.

Ihre Note erklärt, die französische Regierung habe zuerst am 29. August 1919 und später aus Anlaß der deutschen Kohlenlieferungen oder bei der Zahlung einer Million an das Rote Kreuz als Sühne für die Ermordung des Sergeanten Mannheim in Berlin bestimmte Verpflichtungen hinsichtlich der früheren Heimschaffung der deutschen Kriegsgefangenen übernommen. Diese dreifache Behauptung entbehrt der Begründung. Niemals hat die französische Regierung eine eigene Verpflichtung in der Frage übernommen, die zur Zuständigkeit der Gesamtheit der Verbündeten gehört.

Die Erklärung vom 29. August, die aus Gründen der Menschlichkeit und nicht gegen etwaige Zugeständnisse von deutscher Seite den Entschluß der Verbündeten verkündet hat, das Inkrafttreten des Friedensvertrages hinsichtlich der Heimschaffung der Gefangenen vorzudatieren, ist später erfolgt als die Besprechung über die Kohlenfrage und diejenige über den Sergeanten Mannheim, die dabei jedenfalls eine vollauf befriedigende Lösung dadurch gefunden haben, daß die französische Regierung der Heimschaffung zugestimmt hat. Diese Erklärung ist nicht zwischen der französischen Regierung und der deutschen Regierung in der Form eines aus Verhandlungen hervorgegangenen Versprechens vereinbart worden. Es ist dies eine humanitäre Erklärung aller Verbündeten über die Gesamtheit der von ihnen gemachten deutschen Gefangenen. Die Erklärung verkündet:

1. Den sofortigen Beginn der Heimschaffung.
2. Die mögliche Unterbrechung dieser wohlwollenden Politik für den Fall, daß die deutsche Regierung und das deutsche Volk nicht alle die Verpflichtungen aus dem Waffenstillstandsvertrage, der sie bis zur endgültigen Ratifikation des Vertrages bindet, erfüllen sollte. Gemäß diesem einseitigen Beschlusse der Verbündeten hat die Heimschaffung sofort begonnen und ist mehrere Monate lang durch die Rückkehr der deutschen Gefangenen aus England, Amerika und Belgien verwirklicht worden.

Wiederum gemäß der Erklärung vom 29. August wurde die Heimsendung der Gefangenen eingestellt wegen der Verletzung, der Nichterfüllung und der unvollständigen Erfüllung der Bedingungen des Waffenstillstandes durch die deutsche Regierung.

Durch die Note vom 1. November sind der deutschen Regierung ihre Verstöße gegen die beim Waffenstillstand vom 11. November 1918 übernommenen Verpflichtungen vorgehalten worden. Sie wurde von den Maßnahmen und Strafen unterrichtet, die vorgesehen sind, um die vollkommene Durchführung der im Friedensvertrag nicht erneuerten Waffenstillstandsbedingungen zu sichern. Die französische Regierung verfolgt keine auf die Zurückhaltung der Kriegsgefangenen gestützte Politik und bedient sich ihrer nicht als Druckmittel. Sie hält sich lediglich an die Bestimmungen des Vertrages und wenn die im August eingeleitete wohlwollende Maßnahme nicht bis zu Ende durchgeführt wurde, so ist dies ausschließlich auf die Verstöße der deutschen Regierung gegen ihre eigenen Verpflichtungen zurückzuführen.

Die Verantwortlichkeit Deutschlands für die Verzögerung in der Heimschaffung der deutschen Gefangenen ergibt sich unmittelbar und schlagend aus der Tatsache, daß auf die Note der Alliierten vom 1. November keine Antwort erteilt wurde und daß die deutschen Vertreter, nachdem sie zur Regelung der Arbeit der zur Ausführung des Friedensvertrages eingesetzten Kommissionen nach Paris entsandt waren, zwei Tage nach ihrer Ankunft wieder nach Berlin zurückberufen wurden, obwohl das Datum und das Verfahren für die Prüfung der aufgeworfenen Fragen im Einvernehmen mit diesen Delegierten festgesetzt worden war.

Die deutsche Regierung ist es, die sich der Frage der Kriegsgefangenen zur Erregung der deutschen öffentlichen Meinung gegen die Alliierten und ganz besonders gegen Frankreich zu bedienen sucht. Anstatt sich an dem in Aussicht genommenen Abschluß-Verhandlungen zu beteiligen, hat die deutsche Regierung eine dilatorische Haltung angenommen und in einem unerträglichen Ton eine Erörterung über die Heimschaffung der Gefangenen eröffnet, obwohl es in ihrer Macht stand, daß diese sogleich, nach Ende vorigen Monats, das heißt, nach wenigen Tagen heimkehren.

Ohne auf die (im übrigen der Richtigkeit bedürftenden) Verteidigungsversuche hinsichtlich Schlesiwigs und Oberschlesiens, auf die Frage der baltischen Provinzen (wo Deutschland sich erst auf starken Zwang hin zur teilweisen Erfüllung seiner Verpflichtungen verstanden hat), noch auf Artikel 61 der Verfassung, der bis zum heutigen Tage noch nicht aufgehoben ist (wartet doch die deutsche Regierung stets den letzten Augenblick und einen moralischen und tatsächlichen Zwang ab, ehe sie ihren Verpflichtungen nachkommt), noch schließlich auf kühne Behauptungen einzugehen, daß Deutschland auf seine Propaganda verzichtet habe (von der die Alliierten so viele unzweifelhafte Beweise besitzen), will ich mich nur mit der Frage der Auslieferung der Schuldigen beschäftigen.

Die Deutschen leugnen selbst nicht, daß zahlreiche Verbrechen begangen worden sind und daß das sittliche Gefühl der Welt verletzt wäre, wenn die Verbrechen, deren Urheber bekannt sind, ungeahnt blieben.

Die Note schildert weiter die Vermittungen der nördlichen Teile von Frankreich und Belgien und sagt, kein Mensch könne das Zögern Deutschlands begreifen, sich mit der Wiedergutmachung dieser Frevel abzufinden. Angesichts der Gewalttätigkeiten gegen Bewohner dieser Gebiete könnte ein unparteiischer Beobachter seine Entrüstung über die Stellungnahme Deutschlands und den anmaßenden Ton seiner Note nicht zurückhalten.

Die Note schließt, so lange das deutsche Gewissen nicht wie die ganze Welt begreift, daß das Unrecht wieder gutgemacht werden muß und die Verbrecher ihre Strafe finden müssen, darf Deutschland nicht erwarten, daß es in die Gemeinschaft der Völker wieder eintreten, noch bei den Alliierten Verzeihung für seine Vergehen und Milderung der gerechten Friedensbedingungen erlangen werde.

Eröffnung der Völkerbundskonferenz.

WTB. Brüssel, 2. Dez. (Havas.) Gestern nachmittag wurde in der Akademie zu Brüssel die Länderkonferenz zum Völkerbund eröffnet. Auf der Versammlung sind vertreten England, Frankreich, Spanien, Belgien, die Schweiz, Holland, Dänemark, Norwegen, Portugal, Griechenland, Polen, Japan, China, Rußland, Serbien. Den Vorsitz übernahmen Deschamps und Hymans, der belgische Minister des Aeußern. Der Präsident der belgischen Vereinigung für den Völkerbund erklärte die Sitzung mit der Aufforderung zu einer Andacht von zwei Minuten zu Ehren der gefallenen Soldaten. Minister Hymans hieß die auswärtigen Delegierten willkommen und berichtete über die Vorbereitungen zum Völkerbund. Der englische Delegierte sprach im Namen der übrigen den Dank für den liebenswürdigen Empfang aus. Er betonte, die Notwendigkeit für Belgien und England, brüderlich vereinigt zu bleiben. Porreri gab der Bereitwilligkeit der italienischen Delegierten Ausdruck, mit Vertretern der anderen Staaten zusammenzuarbeiten zur Beseitigung der Weltkrise. Leon Bourgeois drückte im Namen Frankreichs den Wunsch aus, daß Amerika bald an der Konferenz teilnehmen könne. Die Versammlung ernannte eine Kommission zur Vorbereitung der Verträge des Völkerbundes.

Das Programm der belgischen Sozialisten.

Auf dem außerordentlichen sozialistischen Parteitag, der sich, wie schon bekanntgegeben, mit außerordentlich großer Mehrheit (1400 gegen 152 Stimmen) für die Teilnahme der Sozialisten an der Regierung ausgesprochen hatte, gab vor Beginn der Verhandlungen Vandervelde das Programm bekannt, auf das sich die Parteien geeinigt hatten. Das Programm lautet in seinen wesentlichen Punkten:

Allgemeines, gleiches Wahlrecht für alle Männer, die das 21. Lebensjahr überschritten haben, Abschaffung oder Demokratisierung des Senats, Herabsetzung der Militärdienstzeit, Fortentwicklung der sozialen Gesetzgebung, Abschaffung des Artikels 310 des Gesetzes gegen das Verbot des Streikrechts, Reglementierung der Heimarbeit, Verwaltung der Eisenbahnen durch ein autonomes Regime und Fortentwicklung des Unterrichts.

Die belgischen Sozialisten treten also mit einem außerordentlich maßvollen und zurückhaltenden Programm in die Regierung ein.

Scheidemanns Wahl als Oberbürgermeister gesichert.

Die Stadtverordnetenversammlung in Kassel sprach sich Montag abend mit 85 sozialistischen Stimmen gegen 32 Stimmen der Demokraten, der Rechten und des Zentrums gegen eine Ausschreibung der Stelle des Kasseler Oberbürgermeisterpostens aus. Damit ist die Wahl Scheidemanns gesichert. Die Wahl selbst wird Anfang der nächsten Woche vorgenommen. Das Zentrum wird dann für Scheidemann stimmen. Scheidemann hat sich bereit erklärt, die Stelle anzunehmen.

Kohlenversand auf dem Wasserwege.

Um die zurzeit wieder günstigeren Wassertransportverhältnisse auszunützen, hat die amtliche Verteilungsstelle für Ruhrkohlen angeordnet, daß ab 1. Dezember bis auf weiteres im Landabsatz nur bis zur Hälfte der im Oktober abgegebenen Mengen geliefert werden darf. Bei der Ausgabe von Landabsatzscheinen soll in erster Linie auf die öffentlichen Interessen Rücksicht genommen werden.

Reinhardt — Marloh.

Im Anschluß an die bereits als falsch gekennzeichnete Nachricht, daß Oberst Reinhardt nach Glogau versetzt worden sei, erfahren die „P. P. N." von zuständiger Stelle, daß durch den in den nächsten Tagen in vollster Oeffentlichkeit stattfindenden Marloh-Prozeß klargestellt werden soll, ob, oder wieweit dem Oberst Reinhardt, der, wie bekannt, vorerst beurlaubt ist, ein Verschulden trifft. Erst dann wird eine Entscheidung getroffen werden können, ob gegen ihn eine Anklage zu erheben ist und welche sonstigen Maßnahmen anzuordnen sind.

Steuerpardon in Aussicht.

Der Nationalversammlung ist im Anschluß an die Verabschiedung der Reichsabgabenordnung, durch welche der Steuerbehörde besondere Handhaben zur Erfassung des steuerbaren Vermögens gewährt sind, ein Antrag Trimborn und Genossen betreffend den Entwurf eines Gesetzes über Steuernachsicht zugegangen. Nach diesem Entwurf soll derjenige, der vor dem Inkrafttreten der Reichsabgabenordnung Vermögen oder Einkommen nicht angegeben hat, das zu einer Reichs-, Landes- oder Gemeindesteuer hätte veranlagt werden müssen, von der Strafe und der Verpflichtung zur Nachzahlung der Steuer freibleiben, wenn er aus eigenem Antriebe, spätestens bei der ersten Steuerveranlagung nach dem Inkrafttreten der Reichsabgabenordnung sein Vermögen oder sein Einkommen pflichtgemäß richtig angibt.

Die Hölle.

Roman von Henri Barbusse.

Allein berechtigte deutsche Uebersetzung von Max Hochdorf.
(Copyright by Max Rascher, Verlag A.-G., Zürich.)
(Nachdruck verboten.)

(Bereits erfolgter Abdruck wird neu eingetretenen Lesern auf Wunsch unentgeltlich nachgeliefert.)

Ich bin unter die Leute hinabgestiegen, die mit mir zusammen das Haus bewohnen. Im Eßzimmer, das kastanienfarben und golden ausgestattet und von Licht durchflutet ist, setze ich mich an einen Tische nieder. Es herrscht ein großes Durcheinander und Gefunkel, es herrscht das große leere Hin- und Herhasten, bevor man sich zum Essen niederläßt. Viele Leute sind da, und sie nehmen mit der Behutsamkeit wohlerzogener Menschen Platz. Lächeln überall, Stühlerücken, hier und da zerstreute Worte, Stimmen, die sich suchen und wieder Berührung nehmen, Stücke von Gesprächen. — — Dann nistet sich die regelmäßige und steigende Musik des Tellerklirrens und des Klapperns von Messern und Gabeln ein.

Meine beiden Nachbarn plaudern jeder für sich. Ich höre ihr Murmeln, das mich absondert. Ich hebe die Augen auf. Vor mir zeichnen sich über dem blendend weißen Tischtuch die leuchtenden Stirnen ab, die blinkenden Augen, die Krawatten, die Blusen, die geschäftigen Hände. Alle diese Dinge ziehen meine Aufmerksamkeit an, und sie stoßen sie gleichzeitig ab.

Ich weiß nicht, was diese Leute denken, ich weiß nicht, was sie sind; sie verstecken sich voneinander, sie nehmen sich voneinander in acht; an ihrer Helligkeit und an ihren Stirnen stoße ich mich wie an Schranken. Armbänder, Halsketten, Ringe. — — Das funkelnde Bewegen der Schmuckstücke entführt mich ebensofern, als wenn es die Gestirne tun würden. Ein junges Mädchen blickt mich mit ihren blauen und schwimmenden Augen an. Was vermag ich gegen diese Art von Saphir? Man spricht, aber dieses Geräusch überläßt jeden sich selber, und es betäubt mich, wie das Licht mich vorher geblendet hatte. Und trotzdem haben sich diese Leute zeitweise enthüllt, als wenn sie allein wären; denn sie haben beim Zufall der Unterhaltung an Dinge gedacht, die ihnen am Herzen lagen. Ich habe diese Urwahrheit erkannt, und ich bin erblickt in der Erinnerung dessen.

Man hat vom Geld gesprochen. Die Unterhaltung hat sich auf diesen Gegenstand ausgebreitet, und die Gesellschaft ist wie von einem Ideal gestreift und erregt worden. Aus den Blicken ist ein Traum des Besitzergreifens und des Erraffens durchgeschimmert, wie aus einem Wassergrunde. Ebenso, wie vorhin nach, als ein wenig angebeteter Anbetung in den Augen des Dienstmädchens aufgeblüht war, das sich allein gefühlt hatte, unendlich stille und losgelöst.

Man hat die Erinnerung an Kriegshelden heraufbeschworen. Mancher Mann bei Tisch hat gedacht: Und ich! Und er ist fieberisch geworden, und er hat gesagt, was er dachte, trotzdem seine Gedanken in lächerlichem Mißverhältnis zur Sklaverei seiner sozialen Stellung standen. Das Gesicht eines jungen Mädchens schien mir wie überdimmt. Sie hatte nicht einen Seufzer der Begeisterung unterdrückt, sie war unter der Wirkung eines rätselhaften Gedankens errötet.

Ich habe das Zuströmen der Blutwelle auf ihrem Gesicht gesehen. Das Aufstrahlen ihres Herzens habe ich gesehen.

Man hat über die Erscheinungen des Okkultismus und über das Jenseits diskutiert. „Wer weiß!" hat man gesagt; dann hat man vom Tode gesprochen. Während man vom Tode sprach, haben zwei Gäste, ein Herr und eine Dame, die keinen Laut zueinander redeten, und die sich nicht zu kennen schienen, einen Blick über den Tisch hin ausgetauscht, und ich habe diesen Blick überrascht. Da aber habe ich an dem gleichzeitigen Augenaufschlagen dieser beiden Menschenkinder, die unter dem Griff des Todesgedankens standen, begriffen, daß sie sich liebten, und daß sie einander im Grunde ihrer Lebensnächte gehörten.

Die Mahlzeit war zu Ende, die jungen Leute waren zum Salon hinübergegangen.

Ein Advokat erzählte seinen Nachbarn einen Fall, den man im Laufe des Tages abgeurteilt hatte. Wegen des Gegenstandes drückte er sich mit Zurückhaltung, fast mit vertraulichem Zögern aus. Es handelte sich um einen Mann, der ein kleines Mädchen erdrosselt und gleichzeitig vergewaltigt hatte. Damit man die Scheue des winzigen Opfers nicht höre, hatte der Mörder beständig gesungen.

Bei der Verhandlung hatte die Bestie erklärt: „Man würde sie doch gehört haben, so sehr hat sie geschrien, aber zum Glück ist sie noch ganz jung gewesen."

Nacheinander sind alle Redenden still geworden; jeder lauscht, wenn es auch nicht so aussieht, und die Fernerstehenden möchten bis zu dem Sprechenden vordringen. Rings um diese Erscheinung, die da aufgetaucht ist, rings um diesen entsetzlichen Ausbruch unserer schüchternen, versteckten Menschenintinkte hat sich das Schweigen ausgebreitet, und doch gleicht es einem ungeheuren Rauschen, das in den Seelen rumort.

Dann höre ich das Lachen einer anständigen Dame. Es ist ein trockenes und brüchiges Lachen, das sie vielleicht für unschuldig hält; aber das Gelächter liebkost und übersprüht die Dame ganz und gar. Es ist der Ausbruch eines Lachens, das unförmige, instinktmäßige Schreie gestaltet. Fast wie ein Ausstrom ihrer ganzen Körperlichkeit ist es. — —

Sie schweigt, und verschlossen ist ihr Inneres wiederum. Und der Sprecher fährt fort, auf diese Leute das Bekenntnis des Ungeheuers hinzuschmettern, und seine Stimme ist ruhig und ihrer Wirkungen gewiß: „Sie hatte ein zähes Leben, und sie schrie, schrie! Ich war gezwungen, sie mit einem Küchenmesser abzustechen."

Eine Mutter, die ihr Kindlein neben sich hat, hat sich halb hochgerichtet, aber sie kann nicht fortgehen. Sie setzt sich wieder und beugt sich vorwärts, um das Kind zu verdecken. Beim Zuhören empfindet sie gleichzeitig Lust und Abscheu.

Eine andere Dame bleibt unbeweglich, und sie beugt nur das Gesicht vor. Aber ihr Mund ist verschlossen, wie wenn sie sich mit tragischer Gebärde verteidigte, und ich habe beinahe unter der irdischen Gestalt ihres Gesichtes, einer Inschrift gleich, ein irres Märtyrerlächeln wahrgenommen.

Und die Männer! Diesen Herrn dort, der sonst so sanft und schlicht ist, ich habe ihn deutlich röcheln gehört. Der andere spricht mit großer Mühe zu seiner Nachbarin von diesen und jenen Dingen, und sein Gesicht bleibt gleichgültig und bürgerlich dabei. Aber er mustert sie mit einem Blick, der bis zu ihrem Fleische vordringen möchte und weiter noch. Ein Blick ist es, stärker als er selbst, und er schämt sich dieses Blickes, dessen Auffunkeln ihm die Augen zudrückt, und dessen Gewicht ihn zermalmt. Und der andere dort, ich habe auch seinen enthüllten Blick gesehen und seinen zitternden Mund, der sich halb aufschloß! Ich habe dieses Aufmatternn im Räderwerke der Menschenmaschine überrascht und das zuckende Schlagen der Zähne, die sich nach der frischen Körperlichkeit und dem Blutstrom des anderen Geschlechtes sehnten. Und sie alle verbündeten sich gegen die Menschbestie in einem Konzert allzu großer, allzu großspuriger Verwünschungen.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519191203-14/fragment/page=0002

Kapitalschiebungen in englischem Lichte.

Die „Times“ vom 13. v. M. beschäftigt sich mit der Frage, wie Auslandsdeutsche zur Steuerleistung herangezogen werden können. Sie macht dabei Mitteilungen, die aus mehr als einem Grunde das weitgehendste Interesse in Deutschland verdienen. Wir zitieren nach der D. A. Z.:

Nach Auftauchen des Gerüchtes von der Heranziehung der im Auslande lebenden Deutschen zum Reichsnotopfer suchen in der Schweiz ansässige Deutsche ihr Vermögen „zu verschweigen“, um dadurch dem Zugriff der deutschen Behörden zu entgehen, die möglicherweise bei der Eintreibung durch die Entente, der diese im Auslande einkommenden Beträge zur Aufrechnung auf die Kriegsentschädigung angeboten werden sollen, indirekt unterstützt würden.

Ein besonders krasser Fall der Verschleierung sei ein Darlehen von 50 Millionen Mark, das ein angeblich Schweizer Konzern der Hüttengesellschaft „Bochum“ gegeben habe. In Wirklichkeit seien jedoch die „Schweizer“ Gläubiger der deutschen Aktionäre Angehörige der Familie Becker, der Haupteigentümer der „Bochum“.

Die vor kurzem an die Oeffentlichkeit gekommenen Machenschaften des Stahlwerks Becker sind noch in lebhafter Erinnerung. Erst versuchte diese Gesellschaft, die ja die Aktienmajorität des Bochumer Bergwerksvereins hat, der Oeffentlichkeit einzureden, die Arbeiter hätten die Zeche in den Tod gestreikt. Jetzt melden sich auf einmal reiche Verwandte der deutschen Familie Becker in der Schweiz als Geldgeber für die Zeche „Präsident“. Woher stammt ihr Vermögen? Wie kommt es nach der Schweiz? Sie zahlen in billigem deutschen Geld, bekommen dafür billige deutsche Kohle, an der sie Riesensummen verdienen, und leisten ihren Vettern finanzielle Freundschaftsdienste. Die Regierung hat das Abkommen mit der Schweiz genehmigt. Treffen die Angaben der „Times“ zu — und das muß erst einmal nachgeprüft werden —, so hat sie alle Ursache, dieser unerhörten Schiebung, die einen dauernden Kapitalabstrom nach sich zieht, ein Ende zu machen.

Auch so ist schon zu hoffen, daß der Oberste Rat der Entente den deutschen Kapitalflüchtlingen auf den Leib rücken wird. Schreibt doch die „Times“ weiter:

Das Interesse der Entente-Länder, der deutschen Regierung und nicht zuletzt der anständigen Elemente im industriellen und finanziellen Leben der neutralen Staaten seien einig in der Suche nach Mitteln, die Milliarden ins benachbarte neutrale Ausland entwischter deutscher Vermögen für die Zwecke der nach dem Versailler Vertrag vorgesehenen Kriegsentschädigung nutzbar zu machen.

Es wäre auch unsererseits nur zu wünschen, daß die Entente Maßnahmen trifft, um das steuerpflichtige verschobene Kapital im Auslande erfassen zu helfen. Anders kommen wir nie in die Lage, dem Friedensvertrag auch nur annähernd gerecht zu werden. Den Deserteuren des Kapitals aber wäre es nur zu gönnen, wenn sie trotz aller verzweifelten Anstrengungen, dem deutschen Steuerfiskus zu entgehen, nun dem interalliierten Gerichtsvollzieher in die Hände fallen.

Fritz Adler und die Unabhängigen.

Auf dem unabhängigen Parteitage in Leipzig war im Auftrage der österreichischen Sozialdemokraten auch der dem ganz linken Flügel angehörende Fritz Adler anwesend und hat dort zur Begrüßung eine Rede gehalten:

„Er schilderte, nach dem Bericht des „Volksblattes“, u. a. die trostlosen Verhältnisse in Oesterreich, diesem unmöglichen Staat. Die ökonomischen Verhältnisse seien derart, daß sie nur noch Raum der Verzweiflung gäben! Die politischen Verhältnisse während des Krieges seien derart gewesen, daß während des Krieges die Linke der Sozialdemokratie mit der U. S. P. D. Punkt für Punkt einverstanden gewesen sei. Die Entwicklung sei dann aber anders gegangen als in Deutschland, da die Einigkeit in der Partei aufrechterhalten wurde. Nach der Revolution sei es jeden Tag möglich gewesen, daß das Proletariat die Herrschaft ergreifen konnte. Und trotzdem sei die Partei in die tragische Situation gekommen, darauf verzichten zu müssen. Das unmittelbare Elend des Landes hätte diese Herrschaft in wenigen Wochen hinweggefegt! Schwer sei es gewesen, im März dem Rufe der ungarischen Proletarier nach Aufrichtung der Rätediktatur zu folgen. Allein die Einstellung des Eisenbahnverkehrs von Triest genüge, in wenigstens zwei Wochen das österreichische Proletariat auszuhungern. Das einzige, was in der unheimlichen Situation gerettet wurde, in der Oesterreich sich befindet, sei die Einigkeit des Proletariats. Es gehöre zum Politiker in der heutigen Zeit der Mut zur Unpopularität. Den gegenwärtigen Zustand der deutschen Arbeiterklasse empfinde er als ein Unglück.“

Et. ei. hat Genosse Fritz Adler den Unabhängigen Wahrheit gesagt, hat er ihnen gezeigt, wie verkehrt ihre Politik in Deutschland, wo die Verhältnisse ebenso wie in Oesterreich sind, nach der Revolution gewesen ist. Und das „Volksblatt“ schreibt, daß die Unabhängigen Fritz Adler stürmischen Beifall gespendet haben.

Die Arbeiten der Preußischen Landesversammlung.

Die Preußische Landesversammlung beabsichtigt, die Weihnachtsferien am 19. Dezember eintreten zu lassen. Auf die Zeit bis dahin soll die Arbeit folgendermaßen verteilt werden: Dienstag, den 2. Dezember dritte Lesung des Autonomiegesetzes für die Provinzialverbände und erste Lesung des Gesetzentwurfs Groß-Berlins; Mittwoch Beginn der zweiten Lesung des Kultusetats. Bis Weihnachten soll der Etat auch in dritter Lesung noch erledigt werden. Eine Reihe wichtiger Vorlagen muß daher bis nach den Ferien liegen bleiben, z. B. die Novelle zur Städteordnung, die Landgemeindeordnung, Kreis- und Provinzialordnung. Ebenso die neue Verfassung. Zum Kultusetat allein sind bisher 54 Redner gemeldet. Da sich die Arbeiten vor Weihnachten noch sehr zusammendrängen werden, so ist mit häufigen Abendsitzungen zu rechnen. Allerdings kann man geteilter Meinung darüber sein, ob diese der richtige Weg zur Bewältigung des Stoffes sind. Daher wird die Ueberschreitung des Achtstundentages wohl auch bei den Abgeordneten auf Widerstand stoßen.

Kurze Notizen.

Um die Kaiserbilder. Gestern nachmittag sollte die Einführung des neuen Oberbürgermeisters Dr. Köttgen im Rathaussaal zu Düsseldorf stattfinden. Die Mehrheitssozialisten und die Unabhängigen weigerten sich, den Saal zu benutzen, weil die Kaiserbilder noch nicht entfernt sind. Nach lebhafter Aussprache begaben sich die Stadtverordneten zur städtischen Turnhalle, wo dann der Einführungsakt stattfand.

Die Volksabstimmung in Koburg. Die Volksbefragung in Koburg ergab am Sonntag über 26 000 Stimmen für den Anschluß an Bayern, etwa 3800 für Thüringen. Der Thüringer Gemeinschaftsvertrag wurde mit fast 90 v. H. Mehrheit abgelehnt.

Regierungskrisis in der Tschecho-Slowakei. Infolge Differenzen zwischen den beiden sozialistischen Parteien ist eine Ministerkrisis ausgebrochen. Das Präsidium des Vollzugsausschusses der tschecho-slowakischen sozialistischen Partei hat gestern beschlossen, ihre Parteiminister, und zwar den Landesverteidigungsminister, den Handelsminister, den Eisenbahnminister und den Justizminister aufzufordern, aus der Regierung auszutreten. Die genannten Minister sollen ihre Demission unverweilt überreichen.

Die Bergarbeiter von Wales für einen Ausstand. Wie das Reutersche Büro aus London meldet, ergab sich bei der Abstimmung der Bergarbeiter von Wales darüber, ob einer Einkommensteuer für Einkommen unter 250 Pfund Sterling Widerstand zu leisten sei, eine Mehrheit für einen Ausstand.

Der unabhängige Parteitag.

Nachdem am Sonnabend nachmittag und am Sonntag vormittag die Frauenkonferenz getagt hatte, wurde am Sonntag nachmittag 6 Uhr der Parteitag der Unabhängigen von Lipinski eröffnet. Er meinte, der Parteitag werde für die ganze internationale Bewegung von Bedeutung werden. Die Eröffnungsrede hielt der Parteivorsitzende Crispien. Er widmete zunächst dem verstorbenen Haase einen warmen Nachruf und wandte sich dann gegen die Hetzstimmung, die von der Reaktion erzeugt wird. Auf die innere Politik eingehend, sagte er, das Betriebsrätegesetz, das nach langem Kuhhandel zustandekommen solle, sei für die Unabhängigen unannehmbar. Da die Situation völlig verfahren sei, redeten die Mehrheitler von Verständigung. An eine Vereinigung mit den Mehrheitssozialisten, sagte er unter lautem Bravo und Händeklatschen, sei nicht zu denken. Die U. S. P. werde den Mehrheitssozialisten, von denen sie alles trenne, nicht den Gefallen tun, den Karren aus dem Dreck zu ziehen. Die Mehrheitssozialisten wollten die demokratische Republik, die Unabhängigen aber die proletarische Revolution. Wenn das Proletariat geeinigt zusammenstehe, werde der Sieg des Proletariats in allen Ländern gewiß sein.

Es folgte die Wahl des Bureaus, bei der es ein kleines Vorspiel zu den kommenden Auseinandersetzungen gab. Vom geschäftsführenden Ausschuß waren Dittmann und Lipinski als Vorsitzende vorgeschlagen worden. Als dritter Vorsitzender wurde von einem Vertreter der Halleschen Richtung Braß-Remscheid vorgeschlagen, weil die Richtung Lipinski keine Gewähr biete für eine erfolgreiche Geschäftsführung im Sinne der Rede Crispiens. Demgemäß wurde auch beschlossen, so daß als Vorsitzende Lipinski, Dittmann und Braß fungieren werden. Durch diese im Geiste der Rede Crispiens gefallene Entscheidung ist im Grunde auch schon die Richtung des Parteitages angezeigt: von diesem Parteitage ist für eine geschlossene Kampffront des Proletariats kaum etwas zu erwarten.

Den Schluß der Eröffnungssitzung füllten Begrüßungsreden aus. Es sprachen Grimling-Stockholm im Sinne der Sowjetrepublik, Helmsberg-Kopenhagen als Vertreter der radikalen deutschen Richtung und der Rumäne Sturgin, der ebenfalls die radikale Richtung vertrat. Ein Vertreter des russischen jüdischen Arbeiterbundes, der früher Menschewist war und sich zum Bolschewismus bekehrt hatte, führte aus, daß von dem unabhängigen Parteitage auch für Rußland viel abhänge. Den Schluß machte Friedrich Adler-Wien. In Oesterreich stehe heute das ganze Proletariat auf dem linken Flügel. Der Zustand in der deutschen Sozialdemokratie werde in Oesterreich als ein Unglück empfunden. Trotzdem sei er zuversichtlich. Die Ueberwindung des Kapitalismus hänge nicht von dem Willen des Proletariats allein, sondern von den objektiven Verhältnissen ab. Das Entscheidende sei die Frage, was möglich sei. Streit herrsche nur über die Taktik und das Tempo, nicht aber über den Sozialismus, den alle wollen, schloß Adler unter starkem Beifall.

Nachdem die endgültige Tagesordnung festgesetzt war, wurde die Sitzung vertagt.

In der Montag-Sitzung (Vors. Lipinski) gibt Dittmann den Geschäftsbericht der Parteileitung. Die Anhängerzahl sei von 300 000 auf ¾ Millionen gestiegen, die Zahl der Tagesblätter auf 55, zu deren Unterstützung sind über 900 000 Mark Darlehen von privater Seite aufgenommen. Die Partei könne nicht endlos Schulden machen. Die Genossen müßten ihre Ersparnisse in genossenschaftlichen Parteidruckereien anlegen. Wir sind keine Putschisten und auf den Leim der Reaktion nicht eingegangen, die nur wartete, unsere Bewegung in einem Blutbad zu ersticken. Wollten wir nur niederreißen, dann hätten wir die Hazardeurpolitik der Ebert-Scheidemann in der Friedensfrage nur unterstützen brauchen. Gegen den Mörder Haases habe man eine Justizkomödie aufgeführt.

Bock-Gotha erstattet den Bericht der Kontrollkommission. Es folgte dann die Aussprache. Frieß-Köln meint, daß die Agitatoren in dem von den Engländern besetzten Gebiet freier seien als im Noskegebiet.

Künstler-Neukölln will Propaganda unter den Kriegsgefangenen, damit sie nicht den Rechtssozialisten anheimfallen.

Großer Widerspruch und lärmende Zurufe riefen die Ausführungen von S. Seidel-Hof hervor, der bemängelte, daß man die Einigungseinladung abgelehnt habe. Auf dem Lande verlangen die meisten die Einigung. (Lärmende Zurufe.) — Eine Rednerin aus Weißenfels erklärt, daß mit denen, an deren Händen Arbeiterblut klebe, keine Gemeinschaft möglich sei. Den Arbeitern stehe der Eintritt in die Partei frei. Zahlreiche Redner sprachen zur Bildungsfrage. Auch die Einigungsfrage wird weiter angeschnitten.

Man-Danzig rechtfertigt die vollzogene Einigung in Danzig, die aus den Verhältnissen des kommenden Freistaates notwendig geworden sei.

Nachdem noch eine Reihe Redner gesprochen, schloß die Aussprache und nach einem kurzen Schlußwort Dittmanns war dieser Punkt der Tagesordnung erledigt. Weiterverhandlung auf nachmittags vertagt.

Die Nachmittags-Sitzung wurde durch die Beratung über Organisationsfragen ausgefüllt. Man beriet über Aenderungen über die Zusammensetzung des Parteitags, während die Aenderung des Parteistatuts dem nächsten Parteitag überlassen bleiben soll. Angenommen wurde ein Antrag, der lautet: Diejenigen Genossen, die ihre Mandatpflicht nicht ausüben, sind, wenn sie dazu aufgefordert werden, verpflichtet, ihre Mandate niederzulegen. Kompetent ist dazu die Instanz, die sie aufgestellt hat.

Darauf wurden die Verhandlungen auf Dienstag früh vertagt. — (Morgen soll zunächst ein Referat des Abg. Cohn über die Steuerfrage erfolgen, dann wird Crispien über Taktik und Parteipolitik sprechen.)

*

Zu einem scharfen Zusammenstoß

kam es am Dienstag zwischen dem rechten und linken Flügel der Usp. Die ganz Linken hatten mit den Kommunisten Sonderbesprechungen wegen der Internationale gepflogen, wogegen Dr. Cohn und Simon recht erbost waren. Der ausführliche Bericht darüber erscheint morgen.

Preußische Landesversammlung.

WTB. Berlin, 2. Dezember. 88. Sitzung.

Unter den kurzen Anfragen befindet sich eine solche über die Belassung des zum Kultusminister der Regierung Dortens außersehenen Oberlehrers Klaus Krämer im Dienste. Krämer sei Mitunterzeichner der landesverräterischen Erklärung vom 1. Juni.

Ein Regierungsvertreter erklärt: Der gegenwärtig auf Grund ärztlichen Zeugnisses vom Dienst beurlaubte Krämer werde in jeder Hinsicht von den Franzosen gedeckt. Die Regierung sei bereit, die betreffende Schuld zu schlichten.

Das Gesetz über die Erweiterung der Selbständigkeitsrechte der Provinzialverbände wird an den Ausschuß zurückverwiesen.

Es folgt die erste Lesung eines Gesetzes über die

Bildung einer Stadt Groß-Berlin.

Minister Heine: Der richtige Zeitpunkt zur Schaffung dieses Gesetzes ist seinerzeit verpaßt worden. Erst durch die Revolution ist uns freie Bahn gebracht worden, so daß wir jetzt an die Schaffung eines Groß-Berlin herangehen können. Das Gesetz soll noch zum 1. April in Kraft treten.

Unterstaatssekretär Dr. Freund: Die Vorlage will unter Zusammenfassung der jetzt leider sehr zersplitterten Kräfte eine größere Sparsamkeit in der Verwaltung der einzelnen Gemeinden herbeiführen. Neben der Unterhaltung eines Groß-Berliner Lebensmittelverbandes, eines Kohlenverbandes und einer Preisprüfungsstelle drängen auch die Gas-, Elektrizitäts- und Wasserversorgung auf eine Vereinheitlichung hin. Durch den Gesetzentwurf muß namentlich den ärmeren Vorortgemeinden ein Ausgleich geschaffen werden. Eine Auseinandersetzung mit der Provinz, die ihre leistungsfähigsten Glieder verliert, ist unbedingt nötig. Sie kann sonst ihren großen Aufgaben nicht gerecht werden. Besonders schwierig wird der Ausbau der Organisation für die Groß-Berliner Stadtverwaltung und die Wahlkreiseinteilung für die Zentral- und für die Bezirksverwaltung sein. Die Einsetzung der Bürgerdeputationen, durch die lebendige Kraft in die Verwaltungskanäle fließen wird, wird dem Magistrat überlassen bleiben.

Abg. Bruns (Soz.): Schon die eigenartigen Schulverhältnisse in den einzelnen Gemeinden, für die ein einheitlicher Schulplan fehlt, fordern gebieterisch eine Vereinheitlichung. Dann aber leidet besonders das Siedelungswesen unter den bisherigen Zuständen. Schon die alte Regierung hat die bisherigen Mängel eingesehen und den Zweckverband geschaffen, dessen beste Tat die Uebernahme der Straßenbahn ist. Aber diese erfolgte auch nur der Not gehorchend. Am meisten wird die Abgrenzung Groß-Berlins zur Kritik Anlaß geben. Bernau will gern einbezogen werden, Spandau dagegen nicht. Die Steuerflucht wird auch weiter bleiben, denn reiche Leute werden ihre Wohnungen noch weiter hinauslegen. Ich beantrage die Einsetzung eines Ausschusses von 27 Mitgliedern und hoffe, daß das Gesetz am 1. April in Kraft treten kann.

Abg. Lüdicke (Dn.): Es ist ein bedenkliches Unterfangen, geschichtlich gewordene Gemeinden zu einer Einheit zusammenzuschweißen.

Abg. Dominicus (Dem.): Der Entwurf läßt gegen den früheren keinen Fortschritt erkennen. Nur bei gehöriger Dezentralisation der Verwaltung läßt sich ein so riesiges Gebilde, wie eine Einheitsgemeinde Groß-Berlin, leiten.

Abg. Dr. Leidig (D. Vpt.): Die Vereinheitlichung wird nur unnötig viel Verwaltungsschwierigkeiten machen.

Abg. Dr. Faßbender (Ztr.): Im Hinblick auf die voraussichtliche Eingemeindung werden schon manche Verbindlichkeiten eingegangen, die man schon nicht mehr als loyal bezeichnen kann.

Abg. Dr. Weyl (U. S.): Die Vorlage ist großzügig und radikal.

Die Vorlage geht an einen Ausschuß von 27 Mitgliedern.

Es folgt die förmliche Anfrage von Zentrumsmitgliedern über die

Steuerveranlagung der Kriegsteilnehmer.

Abg. Schulting (Ztr.): Unter den Kriegsteilnehmern ist große Beunruhigung entstanden, weil sie von den Steuerbehörden nach dem voraussichtlichen Einkommen des laufenden Jahres veranlagt werden. Es kommt vor, daß die Kriegsteilnehmer steuerlich stärker herangezogen werden als im Einkommen gleichgestellte andere Personen.

Ein Regierungsvertreter erwidert, die Regierung habe sorgfältig erwogen, daß Härten zu vermeiden sind. Es ist unmöglich gewesen, das Jahr 1918 zur Grundlage zu nehmen, denn es läßt sich nicht feststellen, wieviel Einkommen jemand gehabt hätte, wenn er nicht im Kriege gewesen sein würde. Die Besorgnis, daß eine steuerliche Ueberbürdung von Kriegsteilnehmern stattfinden werde, ist nicht begründet.

Abg. Weber (Soz.): Wir erkennen an, daß für die Kriegsteilnehmer in steuerlicher Hinsicht vorgesorgt werden muß.

Abg. Dr. Seelmann (Dn.): Die Möglichkeit, die Kriegsteilnehmer um drei Stufen herunterzusetzen, genügt nicht.

Abg. Dr. Grund (Dem.) will die Schaffung eines Notgesetzes erwogen wissen.

Abg. Klaußner (U. S.): Auch wir sind selbstverständlich dafür, daß den Kriegsteilnehmern alle nur möglichen Erleichterungen gewährt werden.

Es folgt die förmliche Anfrage der Sozialdemokraten über die Arbeitslosigkeit in Westpreußen und Danzig.

Abg. Wende (Soz.): Die Arbeitslosigkeit wird verstärkt durch die Zurückziehung von Staatsaufträgen. Im Hinblick auf die bevorstehende Abtretung werden selbst dringend notwendige neue Arbeiten nicht in Angriff genommen. Das ist falsche Sparsamkeit.

Ein Regierungsvertreter bestreitet, daß seitens des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten notwendige Arbeiten eingestellt worden sind.

Mittwoch 11 Uhr: Unterrichtshaushalt.

Verantwortlich für Politik, Parteinachrichten und Soziales: Max Sendewitz, für „Aus der Provinz“: K. Gerbe, für den Anzeigenteil: Wilhelm Herzig, sämtlich in Halle. Druck und Verlag der Volksstimme G. m. b. H. zu Halle, Gr. Ulrichstraße 27.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519191203-14/fragment/page=0003

Walhalla-Operettentheater.
½8 Uhr:
Heute zum 50. Mal.
Morgen z. letzten Male!
Faschingsfee.
Freitag Premiere!
(Nicht Sonnabend, wie irrtümlich gemeldet):
„Eva"
das Fabrikmädel.
Operette v. Franz Lehár.
Die für Sonnabend gelösten Karten werden auf Wunsch für Freitag umgetauscht.
Kasse 10-1½ u. 4-6.

Stadt Theater
Donnerstag, 4. Dez. 19, Anf. 7½, Ende 9½ Uhr:
Das Christelflein.
Freitag:
Das Drama der Jugend in Deutschland.
II.: Romantik.
Der Tod des Empedokles.

Elegante Damenstiefeln aus prima Leder in großer Auswahl äußerst preiswert.
H. Krasemann, nur Schmeerstr. 19.

U.T

Leipzigerstraße 88 Fernruf 1224. | **Alte Promenade 11a** Fernruf 5788.

Ab Freitag, den 5. Dezember 1919

Die beliebte Filmdiva **Lotte Neumann** in dem lustigen Filmspiel in 4 Akten **Der Klapperstorchverband**
Frei nach dem Roman von Fedor von Zobeltitz.

Deutschlands größter Schauspieler **Albert Bassermann** in dem Filmdrama in 4 Akten **„Eine schwache Stunde"**
Eine Tragödie aus der vornehmen Gesellschaft.

Morgen letzter Tag!
Der Tempelräuber ■ **Das Schicksal der Carola von Geldern**

Bio
Gr. Ulrichstr. 57.
Von heute bis Freitag!
Der grosse Detektivschlager
in 5 langen Akten:
Eine Nacht im Fremdenzimmer.
Atemraubende Spannung!
Ferner:
Nieder mit den Männern!
Ein pikantes Lustspiel in 2 Akten.

Apollo-Theater
Heute 7½ zum letzt. Male:
„Die Puppe".
Morgen Donnerstag: Erstaufführung:
„Nachtfalter".
Operette v. Oskar Straus.
Komp. v. Walzertraum.
In den Hauptrollen:
Max Wilkesz a. G., Hans Forstner, Meta Hein, Sylvia Wetzel, Robert Luther.
Vorverk. 9—1 u. 5—7.

Brennholz,
in Ofenlänge, ab Lager und frei Haus.
Louis Kuchett, G. m. b. H., Königstr. 45. Fernspr. 5564

Licht-Spiele
Nur noch bis Donnerstag
Menschen in Ketten
Sensations-Drama in 5 Akten mit Friedrich Zelnick
und
„Die andere Welt"
Schauspiel in 4 Akten.
Einlass ½4 Uhr. Anfang 4 Uhr.
Fernsprecher 4681.
Grosse Ulrichstr. 51
Im Herzen der Stadt

Wohnzimmer,
Schlafzimmer, Küchenmöbel, Schreibtische, gr. Spiegel, Sofas, Stühle, Tische, Ruhebetten
staunend billig verkauft
S. Rosenberg,
Geiststr. 21, I Tr.

Thalia-Säle.
Mittwoch, den 10. Dez. 7½ Uhr abends:
Vortrag mit Lichtbildern und Kino
H. v. Mücke
Korv.-Kapitän a. D., I. Offizier der „Emden", Kommandant der „Ayesha"
Karten zu 4.—, 3.—, 2.—, 1.- Mk. bei
H. Hothan.

Vorträge des Verbandes Hallischer Frauenvereine
Auditorium Max mum der Universität
Donnerstag den 4. Dezember. 6½ Uhr
Professor Waetzold:
Politische und künstlerische Revolutionen
(mit Lichtbildern)
Mittwoch, den 10. Dezember. 8 Uhr
Professor Aubin:
„Das Valutaproblem."
Karten zum Einzelvortrag 1.50 Mk. im Büro des Hallischen Hausfrauenbundes Gr. Steinstr. 16 von 10—1 Uhr und an der Abendkasse.

Restbestand
in
Seidenstoffen,
besonders vorteilhaft für Selbstverbraucher u. Wiederverkäufer, im ganzen od. geteilt preiswert abzugeben.
Besichtigung 10—5 Uhr
Alter Markt 4,
II. links.

Puppen u. Spielwaren

in grosser Auswahl
empfiehlt
Spielwarenhaus
Rud. Weibezahl
66 Obere Leipzigerstrasse 66.

Uhrmacher

Gustav
Uhlig
Untere Leipzigerstrasse
Grösstes Lager der Provinz
moderner Wand- und Stand-Uhren, Damen- und Herren-Uhren, sowie Armband-Uhren in Gold, Silber, Tula
in grösster Auswahl zu äussersten Preisen.
Auf jede Uhr wird schriftliche Garantie geleistet

Pelzwaren
werden lauter sachm., zu mäßigen Preisen neu umgearbeitet.
Lager fertig. Pelzwaren.
Breitestraße 6.

Treibriemen
Kernleder, Haar- u. Baumwolle
liefert prompt und preiswert
Carl Kämpf,
Kaiserstrasse 23.

Bund freie Volkskirche,
Ortsgruppe Halle.
Sonntag, den 7. Dezember, 11½ Uhr.
im Astoria-Lichtspielhaus, Alte Promenade:
Vortrag des modernen Religionskünders u. Ethikers
Dr. Johannes Müller:
Freiheit, die Vorbedingung jeder Volkskirche.
Eintritt 50 Pfg. Eintritt 50 Pfg.

Erbsenstroh
in Drahtballen.
Eiverge, e. G. m. b. H.
Gr. Märkerstr. 5.

Christbaumschmuck
in großer Auswahl zu billigsten Preisen an Wiederverkäufer empfiehlt
Tel. 3477 **Paul Lange** Tel. 3477
Kurz- u. Galanteriewaren-Großhandlung
Merseburgerstr. 168, Nähe Riebeckplatz.

Zur Anfertigung und Lieferung von Ofenrohren, Aschenkästen, Aschenkübeln und Aschengrubendecken u. s. w. sowie einschlägige Reparaturen und Instandsetzen aller eisernen Oefen und Herde, auch Liefern von Ersatzteilen empfiehlt sich
Aug. Domke, Taubenstrasse 9
Werkstatt für alle Blecharbeiten, genietet und geschweißt.

Möbel!
auf
Teilzahlung
Bequeme Zahlungsweise.
Sofortige Lieferung.
Paul Sommer,
Halle,
Leipzigerstr. 14,
I u. II. Et.

Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände
Bezirkskartell Halle.
Der Ortstarifvertrag ist allgemein verbindlich!
Auskunft in unserer Geschäftsstelle:
Harz 42/44, Zimmer 19, Fernspr. 1280.
Zentralverband d. Angestellten
Bezirk Halle a. d. S.

Das beste Weihnachtspräsent sind Pelzwaren.
Diese finden Sie bei mir in diverser Auswahl zu soliden Preisen in nur --- gangbarer Modeauswahl. ---
Die große Mode
Herrenschal- u. Sport-Pelzkragen
--- nur eigene Anfertigung. ---
Franz Halle. Kürschner,
Halle a. S., Breitestrasse 6.
Einkauf aller Sorten Felle usw. zu hohen Preisen. 10150

Tanzkontroller,
Tanzblumen,
Historische Kopfbedeckungen.
Kotillontouren, Girlanden,
Eintritts- u. Garderobeblocks
billigst bei
Tel. 3477 **Paul Lange,** Tel. 3477
Kurz- u. Galanteriewaren-Großhandlung,
Merseburgerstr. 168, Nähe Riebeckplatz.

Schlüterbrot
wird nur von den
Scheffelwerken
hergestellt und ist in deren
Filialen
zu kaufen. Es wird auf Wunsch jedem frei ins Haus geliefert.

Felle, Häute, Wolle
kauft jedes Quantum
zu Leipziger Marktpreisen.
Fellsammler und Fleischer Vorzugspreise.
Joseph Reuter,
Halle a. S., Dessauer Str. 5. Tel. 2292.

Moderne, gute
Wandbilder
sehr billig.
C. F. Ritter, Leipziger Strasse 90.
Beachten Sie unsere Ausstellung.

mit und ohne Feder.
gewissenhafte, fachkundige Ausführung (Das Maßnehmen und Anlegen wird wieder von mir selbst besorgt.
Bandagen-Kertzscher,
Untere Leipzigerstr., Ecke Poststr.
Krankenkassen-Lieferant.

Schluss der Anzeigen-Annahme 9 Uhr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519191203-14/fragment/page=0004

Der Kilian-Prozeß.

Achtzehnter Verhandlungstag.
(Fortsetzung.)

Zeuge Klaus: Mit der Gardeschützenkavalleriedivision stand ich vom 14. März in Verbindung.

Rechtsanwalt Müller weist nach, daß Klaus im Protokoll ausgesagt hat, er sei Spitzel der Gardeschützenkavalleriedivision von Januar an gewesen.

Klaus bejaht das, im übrigen verweigert er darüber jede Auskunft. Er hätte nur in Verbindung mit einem andern Herrn gestanden.

Zeuge Klaus: Ferchland hat Mitte Februar ausgegeben, Klaus sollte unschädlich gemacht werden. Ich habe verraten, daß die Wahltätigkeit von den Kommunisten gestört werden sollte. Ich habe im Wettiner Hof das Licht kaputt gemacht und die Maschinengewehre unschädlich gemacht, um Blutvergießen der Matrosen gegen den Demonstrationszug zu verhüten.

Zeuge Weider: Klaus war an dem Vorgang am Riebeckplatz dabei und hat die Artilleristen geführt.

Klaus erklärt, er wäre dabei gewesen als Vertrauensmann der Artillerie, und er hatte die von Ferchland in Artillerieuniform aufgestellten Bewaffneten notiert.

Zeuge Weider: Die Leute haben Klaus aufs Wort gehört.

Zeuge Klaus: Hartung ist nicht an der Schießerei beteiligt gewesen. Rädel hat sich selbst dabei gerühmt, den ersten Schuß abgegeben zu haben, durch den der kleine Pfifferling getötet wurde. Am 12. Januar vormittags wurde bereits im Keller des Hintergebäudes des Wettiner Hofes ein Lazarett eingerichtet und der Arzt des Sicherheitsregiments, Dr. Fischer, dazu von Ferchland bestellt.

Zeuge Weider bestätigt das.

Der Grund der Anlegung war der, weil man einen Angriff der Artillerie befürchtete. Klaus und Pludra waren die Führer der 50 Spartakisten und bei diesen ist der Plan der Plünderung eines Bankhauses gefaßt worden. Er stand am 12. Januar am Riebeckplatz, wo auf das Bankhaus ein Einbruch versucht wurde.

Zeuge Klaus: Ich bin selten mit Pludra zusammengewesen. Nach dem Vortrage am Markt hat Kilian vom Altan gesagt: Immer feste druff! Aber wir haben es noch andere gehört. Mit der antibolschewistischen Liga habe ich nichts zu tun gehabt.

Zeuge Chemnitz: Am Tage des Demonstrationszuges wurden die Fenster von Sicherheitssoldaten besetzt. Ich verbot das Herauslegen von Gewehren. Ich habe von einem Herunterwerfen von Patronen nichts gemerkt. Eine Bemerkung Kilians: Es ist recht so, immer feste! halte ich für ausgeschlossen oder er müßte mich an diesem Tage ganz belogen haben, als er mir seine Abscheu verriet.

Zeuge Brandes macht Angaben über den Demonstrationszug, wo ein Sicherheitssoldat mit dem Kolben auf Zivilisten eingeschlagen hat. Es ist ausgeschlossen, daß man bei dem Tumult jemand vom Balkon verstehen konnte. Nur ein langer Herr auf dem Balkon war beifallsmütig.

Zeuge Mielchner bestätigt die Aussagen von Brandes.

Zeuge Klaus: Von einem Zusammenarbeiten des Angeklagten mit Ferchland weiß ich nichts.

Sachverständiger Prof. Sievert: Eine Geisteskrankheit habe ich bei dem Zeugen Klaus nicht konstatieren können. Er ist syphilitisch krank, eine Einwirkung auf die geistige Verfassung halte ich nicht für wirklich. Doch habe ich den Anschein, daß Klaus ein äußerst nervöser und geistig minderwertiger Mensch ist. Er ist eine problematische Natur, der bei der Verhandlung über die Erstürmung des Kirchtorgefängnisses äußerst geschickt die Tatsachen zu verschleiern wußte. Nach den heutigen Aussagen habe ich den Eindruck der Glaubwürdigkeit.

Zeuge Henne: Ich habe das Telegramm Noskes zwecks Durchlassung der Regierungstruppen nicht gesehen und auch nicht in den Händen gehabt.

Zeuge Hartung und Klaus bestätigen ihre Wahrnehmung von der Vernichtung des Telegramms durch Henne und daß er vorher vor Sicherheitssoldaten das Telegramm vorgelesen hat.

Zeuge Winkler, der dauernd auf der Schreibstube der Matrosenkompagnie war, weiß nichts von einem Telegramm Noskes.

Zeuge Klaus: Henne hat das Telegramm vor einer größeren Menge Sicherheitssoldaten vorgelesen.

Zeuge Henne: Von einem Plan der Bewachung der Banken ist mir nichts bekannt, von einer Plünderung der Banken von anderer Seite habe ich nur gehört.

Zeuge Arbeiter Hutasch: Hartung hat mich für eine rote Garde und zum Sturz des A.- u. S.-Rates bestimmen wollen. Er wüßte schon, wo es Geld gebe. Eines Nachts hat uns Hartung aus dem Schlafe geholt mit aufgepflanztem Seitengewehr nach dem Wettiner Hof gebracht, von wo wir schließlich aus Zwecklosigkeit wieder umkehrten.

Zeuge Sperl macht Angaben über die Sitzungen des A.- u. S.-Rates, in denen über die Zurückhaltung von Militärtransporten gesprochen wurde. Kilian hat später einmal geäußert, man müsse sich gegen die Regierung wenden, die sich nicht den A.- u. S.-Räten füge. Ebenso über die Sitzung der Eisenbahner über den Generalstreik, wo man sich gegen meine und noch eine Stimme dafür aussprach. Es handelte sich vor allem um einen Streik gegen die Regierung Ebert-Scheidemann.

Der Zeuge Klaus wurde auf Gerichtsbeschluß vereidigt.

Die Verhandlung wird vertagt.

Neunzehnter Verhandlungstag.

Zuerst wird die Zeugin Schwester Pfitzner vernommen. Sie sagt aus: Ich war Stenotypistin im Arbeiterrat. Ich habe viel vom Angeklagten diktiert bekommen, auf Flugblätter kann ich mich nicht erinnern. Von Briefen Kilians an Meseberg und Ferchland ist mir nichts bekannt.

Zeuge Weider: Am 12. Januar bekamen die Nietlebener Arbeiter im Wettiner Hof Waffen. Im mittl. Arbeiterrat wurde mir gesagt, jeder Distrikt bekäme 200 Gewehre, die irgendwo niedergelegt werden sollten, damit sie im gegebenen Falle abgeholt werden könnten. Ich sollte die Waffenstärke der Garnison angeben. Es wurde in diesem Arbeiterrat von Bewaffnung durch Maschinengewehre gesprochen. Ich brachte damals das Verzeichnis der Waffen mit. Später kam auch Kilian, worauf diese Verhandlung unterbrochen wurde. Den Auftrag zur Teilnahme an diesem Arbeiterrat hatte ich von Ferchland. Kilian wußte nichts von dieser Verhandlung. Nach der Rückkehr Ferchlands aus Berlin ließ er Waffen sammeln. „Man könnte nicht genug bekommen." Meseberg und Kilian waren oft zusammen. Aeußerlich war man mit der Regierung, während man hinter den Kulissen anders segelte. In Ammendorf wurden Waffen an bestimmten Orten aufbewahrt. Ich weiß von zwei Transporten nach Ammendorf, doch sind es mehr gewesen. Es war auch der Plan der Verteidigung Halles gegen die Regierung gefaßt worden. Der Plan wurde durch die Verhaftung Ferchlands vereitelt. Die Matrosenkompagnie wurde nach der Auflösung zur Friesenschule geschickt, wo sie zum Teil wieder bewaffnet wurden. Am Sonntag, den 2. März, sollten die Regierungstruppen aus der Post gelockt werden. An verschiedenen Stellen waren Trupps von Bewaffneten postiert. Ich habe später gehört, daß die Aktion von den Führern der einzelnen Sicherheitskompagnien geleitet wurde. Rein inszenierte die ganze Sache, hinter dem Kilian stand. Nach der Verhaftung Ferchlands hat Rein die Verhaftung des Oberbürgermeisters Rive verfügt, was durch Dazwischentreten von Chemnitz vereitelt wurde. Das Sicherheitsregiment gehörte finanziell zum Soldatenrat, politisch zum Arbeiterrat.

Auf Verwunderung der Verteidiger, weshalb der Zeuge erst jetzt diese wichtigen Aussagen macht, erklärte der Zeuge, er durfte bis jetzt noch nichts sagen, da er sonst auf jeden Fall um die Ecke gebracht worden wäre. Und er mache die Aussagen erst jetzt, nachdem Hans Ferchland und andere Mitglieder der U.S.P. verhaftet worden sind.

Zeuge Wachtmeister Mendorf: Ich bin im Januar aus dem Elsaß ausgewiesen worden und bin hier in Halle in dem Sicherheitsbüro des Soldatenrats tätig gewesen. Am 3. März war ich im Wettiner Hof, wo Kilian vor verschiedenen Leuten sprach, er wolle eine Versammlung einberufen und General Maercker zum Verlassen der Stadt bestimmen. Er erklärte, daß 20000 Arbeiter hinter ihm ständen. Ueber Munition und Bewaffnungen wurde nicht gesprochen. Kilian wurde auf mich aufmerksam, darauf habe ich das Zimmer verlassen. Bei der Versammlung waren die Führer der 1. und 2. Sicherheitskompagnie und der stellvertretende Militärbevollmächtigte Dietze zugegen.

Zeuge Dietze: Von einem Widerstand gegen die Regierungstruppen ist in diesen Tagen im Wettiner Hof nicht gesprochen worden.

Zeuge Kurt Steinbrecher: Ich war Führer der 2. Sicherheitskompagnie, die in der Brunnenschule lag. Bei der Auflösung meiner Kompagnie sind die Wachen von den Regierungstruppen zurückgeschickt worden. Von einer Waffenverteilung ist mir nichts bekannt. Von einem Abmarsch meiner Kompagnie zum Besetzen von Stadtteilen weiß ich nichts. Vor dem 1. März sind von Arbeitern aus meiner Kompagnie keine Waffen geholt worden. Nur aus dem Nebengebäude, wo die Maschinengewehrkompagnie lag, sind Waffen gestohlen worden. Ob ich am 3. März im Wettiner Hof gewesen bin, kann ich jetzt nicht sagen.

Zeuge Nähnicke: Am 3. März war ich im Wettiner Hof, zusammen am Vormittag allein mit Kilian. Den Zeugen Mendorf habe ich nicht gesehen. Ich bin mit Kilian befreundet gewesen. Von einer Bewaffnung der Arbeiter durch Kilian ist mir nichts bekannt.

Zeuge Weider: Ich habe Herrn Nähnicke nicht am 3. März im Wettiner Hof gesehen.

Zeuge Schindler: An den Plünderungen haben sich Leute in Uniform beteiligt. Ich kann zu Herrn Kilian gesagt haben, kann denn der Arbeiterrat nichts gegen die Plünderungen tun, doch weiß ich das nicht bestimmt.

Zeuge Rechnungsrat Bartels: Von Reden des Angeklagten über Bewaffnung der Arbeiterschaft ist mir nichts bekannt. In einer Versammlung hat Kilian gesagt, daß die Arbeiterschaft Ruhe und Ordnung halten soll, auch wenn die Noske-Truppen kämen.

Um 2¼ Uhr nachmittags wird die Sitzung auf den nächsten Tag verschoben.

Halle und Saalkreis.

Halle, 3. Dezember 1919.

Sozialdemokratischer Verein für Halle.

Heute abend 8 Uhr findet im St. Nikolaus unsere **Generalversammlung** statt. Auf der Tagesordnung steht ein hochinteressanter Vortrag über die Sozialisierung des Großgrundbesitzes. Weiter wird der Kassenbericht vom III. Quartal erstattet. Es ist Pflicht aller Mitglieder in der Versammlung pünktlich zu erscheinen. Das Mitgliedsbuch ist am Saaleingang vorzuzeigen.

Die neue Mode.

In allen Wild- und Delikatessenhandlungen kann man so mancherlei Leckerbissen liegen sehen: Gänse, Enten, Hühner, Hasen, Aale usw. Sie glotzen dem armen Sterblichen ganz verführerisch aus den Schaufensterauslagen entgegen. Aber sie sind nicht für ihn bestimmt. Ein schönes Stück Geld kosten sie, das der kleine Mann nicht für den Sonntagsbraten anlegen kann. So bleiben die Leckerbissen liegen — aber nee, sie werden gekauft, tüchtig gekauft, denn es gibt noch genug zahlungsfähiges Publikum, daß das Hungerleiden nur vom Hörensagen kennt. Und wenn man all die Herrlichkeiten betrachtet, so sieht man, daß der Preis an ihnen mit einem — **schwarz-weiß-rotem Bändchen** angeheftet ist, daß die Aale mit **schwarz-weiß-roten Bändern** zusammengeheftet sind usw. Ueberall **schwarz-weiß-rote Bändchen.**

Die geschäftskundigen Händler haben recht, diese Leckerbissen sind nur für die **Schwarz-weiß-roten bestimmt, das Volk hungert, die Schwarz-weiß-roten leben herrlich und in Freuden,** essen gut und schimpfen auf das Volk, das hungert, murrt und nicht arbeiten will.

Ja, ja, die Gänse, Enten, Hühner, Hasen und die schwarz-weiß-roten Bändchen.

Doch noch was anderes. Im Delikatessengeschäft der Pottel u. Broskowski gab es dieser Tage Schinken, das Pfund für 21 Mark. Immerhin schon ein Stück Geld für den kleinen Mann der gern auch einmal Schinken essen möchte und für 10,50 Mark ein halbes Pfund erstehen wollte. Aber o weh — halbpfundweise wird nicht verkauft, pfundweise wird nicht verkauft, die Schinken werden nur im ganzen abgegeben. Und jeder Schinken hat so seine 10 Pfund. —

Wer nicht gleich 200 Mark auf den Tisch legen kann, was braucht der Schinken essen — — —.

Ein verfehlter Rechtfertigungsversuch.

In unserer Nummer 274 vom 28. November d. J. brachten wir eine Zusammenstellung über „Riesengehälter bei der hiesigen Landwirtschaftskammer". Von der Landwirtschaftskammer geht uns nun „auf Grund" des § 11 des Preßgesetzes folgende „Berichtigung" zu, die wir nur deshalb veröffentlichen, weil sie das von uns Geschriebene vollauf bestätigt. Wir entnehmen der Berichtigung folgendes:

Es sind hierbei (bei unserer Aufstellung D. R.) die Teuerungszuschläge, die schon seit Jahren, und zwar noch bevor der Staat dies getan hat, bezahlt werden, weggelassen worden.

Wir verweisen die Herren von der Landwirtschaftskammer auf die „Volksstimme" Nr. 276, vom 1. Dezember. Dort steht in einer kurzen Notiz wörtlich: „Zu den angeführten Gehaltssätzen werden noch 50 Prozent Teuerungsbeihilfe gezahlt. Diese setzt jedoch erst nach einer Beschäftigungsdauer von 6 Monaten ein. Die Nichtswürdigkeit derartig niedriger Gehälter wird freilich hierdurch nicht viel geändert." — Es erhält also, wir setzen es noch einmal hierher, mit der Teuerungszulage ein Forstassessor nach 6jähriger Tätigkeit 300 Mk. monatlich, ein Wiesenbaumeister nach 9jähr. Tätigkeit 255 Mk.; ein Buchhalter nach 11jähriger Tätigkeit monatlich 188 Mk., nach 7jähriger Tätigkeit 240 Mk., nach 13jähriger Tätigkeit 210 Mk. Wohl gemerkt: Es sind dies alles verheiratete Angestellte.

In der „Berichtigung" weist die Landwirtschaftskammer dann darauf hin, daß sie „Beschaffungsbeihilfe und Kinderzulage an die Angestellten und Arbeiter zahlen". So ist's recht. Nach rechtlicher Auffassung gehören diese Beihilfen nicht zum Gehalt, von dem wir geschrieben haben. Diese Beihilfen werden nur einmal gezahlt und sind keine festen Leistungen; bezeichnend ist aber, daß die Landwirtschaftskammer sich mit diesen Beihilfen brüstet, die der Staat und die Gemeinde auch zahlt — aber bei sehr viel höheren Gehältern. Köstlich in dieser „preßgesetzlichen" Berichtigung ist noch, daß uns die Landwirtschaftskammer „auf Grund des Paragraphen 11" zwingen will, zu schreiben, daß ihre Arbeiter bei der Beschaffungsbeihilfe besser wegkommen wie beim Staate. In unserer zu „berichtigenden" Notiz war kein Wort von den Arbeitern geschrieben.

Wir schrieben: „Als der Angestelltenausschuß Gehaltsaufbesserungen verlangte (die Forderungen erreichten bei weitem nicht einmal die in anderen Betrieben gezahlten Beträge), wurde den Angestellten in einer Betriebsversammlung mit Entlassung gedroht."

Um zu zeigen, mit welch einer unglaublichen Wortspielerei die Herren von der Landwirtschaftskammer die von uns festgehaltenen Tatsachen aus der Welt schaffen wollen, bringen wir die diesbezügl. „Berichtigung" wörtlich. Sie lautet: „Unwahr (!) ist, daß der geschäftsführende Direktor den Angestellten auf die von ihnen geltend gemachten Forderungen hin in einer Betriebsversammlung mit Entlassung gedroht habe. Wahr ist vielmehr, **daß er die Angestellten nur warnte (!), den Bogen mit ihren Forderungen zu überspannen, da sonst die Plenarversammlung der Landwirtschaftskammer bei den derzeitigen dauernden Fehlbeträgen des Etats sehr leicht auf den Gedanken kommen könnte, statt der Mehrbewilligung von fast einer Million für Gehälter zunächst durch Einschränkung des Betriebes Ersparnisse zu machen, was die Entlassung zahlreicher Angestellten zur Folge haben könnte.**"

Haben wir denn etwas anderes geschrieben? Wer die Unternehmer kennt, der weiß, was es zu bedeuten hat, wenn sie „warnen", „den Bogen zu überspannen", da das die Entlassung zahlreicher Angestellter zur Folge haben könnte.

Köstlich ist nur, wie diese Unternehmer auf dem § 11 des Preßgesetzes herumreiten. Wir müssen feststellen, daß keine unserer Angaben widerlegt wurde und der Reinwaschungsversuch der Direktion der Landwirtschaftskammer kläglich gescheitert ist.

Die Mittelschule im Rahmen der Einheitsschule.

Der Vorstand des Halleschen Volksschullehrervereins nimmt zu dieser wichtigen Frage in folgenden Ausführungen nochmals Stellung: Der Verein für das mittlere Schulwesen setzt augenblicklich durch Schüler Listen in Umlauf zur Sammlung von Unterschriften für die Erhaltung der Mittelschule als selbständige Schule in ihrer bisherigen Eigenart. Nach dem Anschreiben sollen Bestrebungen zutage treten, die darauf abzielen, die Mittelschule gänzlich zu beseitigen. Infolge dieser Behauptung, die nicht den Tatsachen entspricht, sehen wir uns veranlaßt, folgendes zu erwidern:

Die Volksschullehrerschaft steht auf dem Boden der Beschlüsse des 8. Preußischen Lehrertages. Es liegt ihr fern, die Mittelschule gänzlich beseitigen zu wollen. Als Standesschule soll sie selbstverständlich verschwinden, denn eine solche hat in der künftigen Einheitsschule keinen Platz mehr. Sie soll vielmehr im Rahmen der Einheitsschule ein organisches Glied bilden. Im neuen Staate darf es nur ein großes Schulsystem geben, das ist die Einheitsschule. Diese soll dem gesamten Volke eine höhere Bildung und bessere Erziehung geben, als es bisher möglich war.

Wer also diese Umlaufslisten unterschreibt, zeigt damit, daß ihm an einem einheitlichen Aufbau unserer Einheitsschule und an einer einheitlichen Ausbildung und Erziehung aller Volksschichten wenig gelegen ist. Wir betonen hier immer wieder, daß in der jetzigen Zeit des Tiefstandes unseres Volkes alle Kräfte zusammengefaßt werden sollten zur Hebung und Erziehung des gesamten Volkes, und da dürfte für Sonderinteressen eines einzelnen Standes kein Raum mehr sein.

Betriebseinstellung der Halle-Hettstedter Eisenbahn wegen Kohlenmangel.

Die Halle-Hettstedter Eisenbahn hat den Personen- und Durchgangsverkehr wegen Kohlenmangel einstellen müssen. Bis jetzt konnte ein beschränkter Verkehr bis Dölau aufrechterhalten werden. Sollten Kohlenlieferungen ausbleiben, wird auch dieser Verkehr eingestellt werden müssen.

Rückkehr hallischer Kinder aus der Schweiz.

Die am 23. Oktober von Halle ausgereisten Kinder treffen am 6. Dezember nachm. 4 Uhr 44 Min. in Halle ein, vorausgesetzt, daß keine Verspätung eintritt.

Die Eltern der Kinder werden dringend gebeten, den Bahnsteig nicht zu betreten, bevor die Kinder den Zug nicht verlassen haben. Bei der letzten Rückkehr des Zuges kam es zu vielen Störungen, weil die Angehörigen den ganzen Bahnsteig überfluteten. Es dauerte Stunden, bis alle Angehörigen ihre Kinder gefunden hatten. Manche Gepäckstücke sind zu unrecht mitgenommen worden und trotz Aufforderung noch nicht auf der Zentralstelle, Magdeburger Str. 21, abgegeben. Wenn die Eltern Disziplin halten würden, würde sich die Abholung der Kinder ganz glatt und in ganz kurzer Zeit vollziehen.

* **Der Magistrat gegen die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen.** Der Reichsbund für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene schreibt uns: Auf das „Eingesandt" in der „Volksstimme", worin sich mehrere Kriegsbeschädigte von Halle darüber beschweren, daß der Magistrat an der Gedächtnisfeier des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten am Totensonntag sich nicht offiziell beteiligt habe, bitten wir folgendes zur Richtigstellung zur Veröffentlichung zu bringen: Der Vorstand der Ortsgruppe Halle, hatte ebenso wie sämtlichen hiesigen Behörden selbstverständlich in erster Linie auch dem hiesigen Oberbürgermeister, als Vertreter des Magistrats, eine förmliche Einladung zu der Gedächtnisfeier übersandt. In der Einladung war der Herr Oberbürgermeister ausdrücklich gebeten, im Falle seiner Verhinderung einen seiner Vertreter zu entsenden. Während die übrigen Herren entweder selbst erschienen oder Vertreter sandten, wurde uns von seiten des Herrn Oberbürgermeisters die Karte und das Programm mit ein paar trockenen Worten einfach zurückgesandt, mit dem Bemerken, an der Teilnahme verhindert zu sein. Das Interesse für unsere gefallenen Kameraden und deren Hinterbliebene reicht demnach beim Magistrat nicht so weit, zu dieser für die ganze Stadt gedachten ernsten Feier einen Vertreter zu entsenden. Wer die Berichte über die Feier des Reichsbundes in Berlin gelesen hat, muß sagen, daß ebenso wie der Reichspräsident in Berlin, der hiesige Oberbürgermeister an der Feier auf alle Fälle hätte teilnehmen sollen."

* **Der neueste Skandal in der Landwirtschaftskammer.** Zu dieser in unserer Nummer vom 22. November gebrachten Notiz stellt der dortige Angestelltenausschuß fest, daß die Notiz nicht von ihm stammt, sondern daß der betr. Angeber den Namen des Angestelltenausschusses mißbraucht hat. Der Angestelltenausschuß hat mit der Bekanntgabe der angeführten Zustände also nichts zu tun.

* **Reichsbund der Kriegsbeschädigten.** Zwecks Gründung einer Sektion der hiesigen kriegsbeschädigten Postbediensteten innerhalb der Ortsgruppe Halle des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, -teilnehmer u. -hinterbliebenen hatte der Vorstand der Ortsgruppe eine Versammlung sämtlicher kriegsbeschädigten Postbediensteten einberufen. Die Kameraden Fiedler und Dr. Elkan zeigten den Erschienenen wie notwendig die Schaffung einer Sonderinteressenvertretung der Kriegsbeschädigten auf ihren Arbeitsplätzen sei. In erster Linie müßten selbstverständlich auch die kriegsbeschädigten Arbeitnehmer als Arbeitnehmer allgemein gewerkschaftlich organisiert sein, als Kriegsbeschädigte daneben aber besonders noch sich einer Kriegsbeschädigten-Organisation, die rein wirtschaftliche Interessen vertritt, wie der Reichsbund anschließen. Diese sollte kein Gewerkschaftsersatz für die Kriegsbeschädigten sein, sondern nur eine wichtige Ergänzung. Auch der Vertreter des Transportarbeiterverbandes, Schlimma, begrüßte in diesem Sinne die Einrichtung als Seitenstück zur Gewerkschaft. Zwecks Verhandlungen mit der Oberpostdirektion wurden folgende Kameraden von den dabei angegebenen Dienststellen als Vertrauensleute gewählt: Kamerad Jürgens und Fink, Postamt I, Riemer und Dietz, Oberpostdirektion, Schmail und Zuder-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519191203-14/fragment/page=0005

ster, Telegraphenamt. Die Wahl für das Postamt II wurde bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt.

* **Verband Hallischer Frauenvereine.** Am Donnerstag, den 4. Dezember, 6¼ Uhr spricht Professor Waetzold im Auditorium maximum der Universität über „Künstlerische und politische Revolutionen". Eine Reihe von Lichtbildern wird seinen Vortrag erläutern. Karten sind im Büro des Hallischen Hausfrauenbundes, Gr. Steinstr. 16, bei Pförtner Kittelmann und an der Abendkasse zu haben.

* **Der Naturwissenschaftliche Verein für Sachsen und Thüringen** hält seine nächste Sitzung am Donnerstag, den 4. Dezember, abends 8¼ Uhr, im Ratskeller ab. Vortrag des Herrn Prof. Dr. Scupin: **Die Bodenschätze des Baltenlandes.** Gäste sind willkommen.

Stadttheater. Heute, Mittwoch — Anfang 7 Uhr — wird Schillers „Don Carlos" gegeben. Donnerstag abend 7½ Uhr „Das Christelflein". **Als erste Abendvorstellung im Zyklus „Das Drama der Jugend in Deutschland"** gelangt am Freitag abend 7½ Uhr Friedrich Hölderlins Tragödie „Der Tod des Empedokles" unter Spielleitung von Dr. Edgar Groß zur Erstaufführung. In den Hauptrollen sind beschäftigt: Hedwig Jonas, Irma Grawi, Josef Krahé, Willi Schur, Georg Ottmar, Hermann Wedding. Musikalische Leitung: Felix Wolfes. Am Sonnabend wird zum Gedächtnis der im Weltkrieg Gefallenen „Ein deutsches Requiem" von Johannes Brahms durch die Robert-Franz-Sing-Akademie unter Leitung von Prof. Alfred Rahlwes zur Aufführung gebracht. Kein Werk dürfte sich zu einer Ehrung unserer gefallenen Helden mehr eignen, als das Brahmssche Requiem. Das herrliche Werk ist seit dem 1. Kriegsjahre (Nov. 1914) hier nicht mehr aufgeführt worden, man wird daher freudig begrüßen, es nach dieser langen Zeit einmal wieder hören zu können. Die Solopartien singen Ethel Hansa von der Berliner Staatsoper und Fritz Kauffmann aus Berlin.

Gastspiel Curt Olfers im Apollotheater. Heute, Mittwoch, geht zum letzten Male „Die Puppe" mit der reizenden Lydia Petri in der Hauptrolle in Szene. Morgen, Donnerstag, findet die Erstaufführung der Operette „Nachtfalter" von Oskar Strauß, dem Komponisten der allgemein bekannt gewordenen Operette „Walzertraum" statt. In den Hauptrollen sind die Damen Meta Heim und Lydia Petri und die Herren Max Willenz a. G., Hans Forstner und Robert Luther beschäftigt. Außer einer interessanten Handlung bietet die Neuheit eine Fülle prickelnder Melodien. Der Vorverkauf ist täglich 9—1 und 5—½7 Uhr im Theaterbüro.

Walhalla-Operetten-Theater. Nicht Sonnabend, wie gestern irrtümlich gemeldet, sondern Freitag abend ½8 Uhr findet die Erstaufführung der Operette „Eva, das Fabrikmädel" von Franz Lehár statt. Die bereits für Sonnabend gelösten Karten werden auf Wunsch bis Donnerstag abend für die Premiere am Freitag umgetauscht. Heute findet die 50., morgen die letzte Aufführung von „Faschingsfee" statt. Heute singt Edmund Ferry, morgen Peter Büsch die Rolle des Malers Rouai.

Johannes-Müller-Vortrag. Der Bund freie Volkskirche, Ortsgruppe Halle, veranstaltet Sonntag, den 7. Dez., vorm. 11½ Uhr im Astoria-Lichtspielhaus, Alte Promenade, eine große Vortragsversammlung, in der Herr Dr. Johannes Müller, der am Abend vorher in der Neudeutschen Jugend spricht, über „Freiheit, die Bedingung jeder Volkskirche" aus der Tiefe seines von jeder Dogmatik freien, starken ursprünglichen religiösen Lebens reden wird. Dr. Müller, der wohl als der bedeutendste religiöse Geist und Künder im modernen Deutschland bezeichnet werden kann, dessen Schriften und Vorträge das größte Aufsehen und die tiefste Wirkung auf weite Kreise moderner suchender Menschen ausgeübt haben, der vor kurzem in Norwegen und Finnland einen gewaltigen Eindruck von innerlich deutschem Streben hinterlassen hat, wird auch in Halle einem sehr großen Kreis Unvergeßliches zu sagen haben. (Eintritt 50 Pf.)

Aus der Provinz.

Abschluß der Verhandlungen in Bitterfeld.

Gestern abend sind die Verhandlungen zwischen Arbeitgebern, Arbeitnehmern und Regierungsvertretern zum Abschluß gelangt. Das Ergebnis derselben lag bis zur Stunde noch nicht vor.

Neumark. Die widerwärtige Kampfesweise der hiesigen Unabhängigen. Gegen das ehemalige Mitglied der U. S. P. Gen. Jul. Böhm, läßt die Merseburger „Arbeiter-Zeitung" in Nr. 15 und 17 zwei Schmähschriften los, die dokumentieren, auf welcher geistigen „Höhe" dieses „Organ" steht. In der Notiz in Nr. 15 schreibt das Blatt unter Neumark, daß die minderjährigen Söhne des Herrn Jul. Böhm drei und acht Tage Gefängnis, wegen dringenden Verdachtes des Diebstahls, erhalten hätten und der Vater gesagt habe, er schicke seine Söhne nicht zu den Roten.

Der Angegriffene schreibt dazu, daß die in dieser Notiz enthaltenen Verdächtigungen nur eine von persönlichem Haß diktierte Mache ist, um ihm die Ehre abzuschneiden. Der Schreiber dieser Zeilen weiß ganz genau, daß die Sache demnächst vor der Berufungsinstanz zur Verhandlung kommt. Der letzte Satz von den „Roten" ist natürlich vollkommen aus der Luft gegriffen und aus dem Ausspruch, daß dies alles nur Rachewerk sei, weil die beiden Söhne nicht dem Turnverein beigetreten sind, herausgelogen worden.

Ein noch schlimmeres Machwerk erschien in Nr. 17 dieser „Zeitung". Es heißt dort:

Als parteilos bezeichnet sich jetzt das ehemalige Mitglied der U. S. P. Julius Böhm. Böhm war schon im Jahre 1911 sechs Monate Mitglied der Partei. Die Revolution hat es fertig gebracht, daß auch er wieder am politischen Horizont erschien mit dem Ergebnis, neun Monate der U. S. P. anzugehören. Was für Jammerlappen aber diejenigen sind, die sich als parteilos bezeichnen, dafür hat Herr Böhm in letzter Zeit Beweise genug erbracht. Durch seine Zugehörigkeit zur U. S. P. erhielt er ein Mandat als Kreistagsabgeordneter sowie eines zur Gemeindevertretung. Als im Oktober die Wahlen des Gemeindevorstehers vorgenommen wurden, schlug er sich selbst vor. Die Distriktsleitung hatte aber Bedenken. Es wurde ein anderer Genosse aufgestellt. Am Tage der Wahl wurde B. zum Verräter der vitalsten Parteigrundsätze. Er wählte bürgerlich, während er bei der Schöffenwahl einen leeren Briefumschlag abgab. Vorige Woche hat er vor Gericht die Aeußerung getan, daß er nicht die Roten, sondern nur noch das Kapital vertritt. Das sind Menschen ohne jedes Rückgrat. Wir fordern nun Herrn Böhm auf, daß er sofort seine Mandate niederlegt. Die Arbeiter brauchen charakterfeste Menschen als Vertreter, und keine Waschlappen.

Hierzu schreibt Genosse Böhm, daß er seine Mitgliedsbeiträge bis Mitte Januar vorausbezahlt habe und von einer Parteilosigkeit schon deshalb keine Rede sein könne. Wenn auf die Mitgliedschaft von 1911 hingewiesen wird, so verzichtet der Angerempelte darauf, den längst vergrabenen und vergessenen Parteitratsch von damals wieder aufzurühren. Der gemeine Anwurf bei der Ortsrichterwahl wird durch folgendes Schreiben des unabhängigen Gemeindevertreters Berg widerlegt:

Neumark, den 23. Nov. 1919.

Ich bestätige Gen Böhm auf Wunsch folgendes: Bei der Gemeindevorsteherwahl in Neumark hat Böhm noch am selben Tage eine Nachforschung darüber angestellt, wer bei der Wahl Verrat geübt und bürgerlich gewählt hat. Am nächsten Tage hat Böhm und ich, der Unterzeichnete, einen Bericht darüber an Gen. Osterburg, Halle (Volksblatt) abgesandt. Wir wollten eine Auskunft über die Anfechtbarkeit der Wahl wegen Beeinflussung einholen. Unser Bericht ist im Volksblatt nicht erschienen, auch haben wir sonst keine Auskunft erhalten. Bei der Wahl ist Genosse Kranert nicht erschienen. (Er hat es angeblich verschlafen.) **Auch haben wir nicht einwandfrei feststellen können, wer der Verräter war.** **Albert Berg.**

Lüge ist ferner, daß sich Gen Böhm selbst zum Gemeindevorsteher vorgeschlagen hat. Bedenken wurden nur geäußert, als sich der Gem.-Vertr. Silber zum Vorsteher vorschlug, da derselbe die Gelder für die Mesebergspende und die Betriebsratskasse „zu spät" abgeliefert hatte. Ebenso haltlos sind die Vorwürfe betr. der Schöffenwahl, denn der von der U. S. P. Vorgeschlagene, war noch nicht einmal gewerkschaftlich organisiert. Weiter soll der Gen. Böhm gesagt haben, daß er nicht die „Roten", sondern das Kapital vertreten will. Dieser Dreckwurf ist sehr durchsichtig. Man will hiermit die Arbeiterschaft auf einen mit ehrlichen Mitteln nicht beizukommenden Gegner aufputschen. Es ist dies alles nur persönliche Rachsucht des Distriktsführers Sterzel, der seine Unfähigkeit längst dokumentiert hat. Während die Gewerkschaften zwecks Zurückziehung der Reichswehrtruppen mitten im Verhandeln waren, forderte dieser prinzipienfeste Unentwegte die Truppen zur Durchsuchung der Baracken auf Grube Leonhardt an. Er hat also die Truppen im Geiseltal festgehalten.

Der zu uns übergetretene Genosse Böhm schreibt dazu folgendes:

Durch alle diese Vorgänge fühle ich mich veranlaßt, um mich überhaupt für die Verwirklichung des Sozialismus zu betätigen, der alten sozialdemokratischen Partei beizutreten. Als vermeintlicher Waschlappen werde ich mich der Agitation widmen, um alle die Genossen, die im Distrikt aus der U. S. P. ausgetreten sind, wieder der S. P. D. zuzuführen, um die Einheitsfront zu schaffen, die allein im Stande ist, den Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens zu verwirklichen. Nebenbei möchte ich noch bemerken daß es mir nicht einfällt, dem Herrn Sterzel meine Mandate zu Füßen zu legen.

Aus all dem ist zu ersehen, mit welch gemeinen Mitteln der Kampf gegen politisch Andersdenkende von den hiesigen Unabhängigen geführt wird. Schmutz und Verleumdung kennzeichnen den Stank, der hier sogar von „Zeitungen" vom Schlage der „Merseburger Arbeiterzeitung" bis in die persönlichsten Winkel getragen wird.

Schwittersdorf. Versammlung. Am 28. v. M. fand im Spelligschen Gasthofe zu Beesenstedt eine Versammlung statt, in der Genosse Drescher-Halle über den Wiederaufbau Deutschlands sprach. Er erntete lauten Beifall. Genosse Roll rief die Anwesenden auf, sich am Wiederaufbau und der Arbeit für das Gemeinwohl zu beteiligen. 15 Prozent der Anwesenden traten der Partei bei. Für die Parteikasse wurden größere Beträge gesammelt.

Bitterfeld. Werbeausschuß sozialdemokratischer Beamten. In der Freitag stattgefundenen, trotz des Belagerungszustandes vorzüglich besuchten ersten Versammlung wurde als zu Punkt 1 die Wahl des Vorstandes vorgenommen. Es wurden gewählt: Vorsitzender Gen. Arnhold; Stellvertreter Gen. Meyer; Schriftführer Gen. Hilfert; Beisitzer Gen. Lehmann, Rothe und Prüfe. Alsdann wurden die vom Hauptvorstand herausgegebenen Richtlinien verlesen und erläutert. Die Zusammenkünfte sollen mit denen des Parteivereins zusammen, nämlich jeden 1. Sonntag im Monat. Auch wurde beschlossen, durch Vorträge allgemeiner Art das Wissen unserer Mitglieder zu erweitern und zu festigen.

Eisleben. Verschiedenes. Unser Ernährungsausschuß ist um sechs Mitglieder, die den Kreisen der angeblich stärksten politischen Partei, am Orte, den Kommunisten, entstammen, vergrößert worden. Ob mit der Zahl auch gleichzeitig die Möglichkeit, in Zukunft mehr Nahrungsmittel verteilen zu können, gefunden ist, wird ja die kommende Zeit lehren. In der ersten Sitzung haben sich die neuen Mitglieder schon eine kleine Beschneidung ihres Höhenfluges gefallen lassen müssen, wie überhaupt das Mitarbeiten an den praktischen Dingen des Lebens geeignet sein dürfte, sie auf den Boden der Wirklichkeit zurückzuführen. Da fällt uns gerade ein, daß die Revolution doch ziemlich viel Luft geschafft hat. So können die Kommunisten jetzt auf den Werken der Mansfelder Gewerkschaft Aushänge mit Bekanntmachungen von Versammlungen plazieren, während andererseits dieselbe Gewerkschaft sich nicht entblödet, unter leicht gefundenen Gründen (billiger als heutzutage die Brombeeren) Beamte, die sich politisch betätigten, zu entlassen. Wir Mehrheitssozialisten haben diese Beobachtung schon machen müssen. „Sie" werden wieder die Alten, nur in feinerer Form und ihr Druck lastet auch heute noch über Mansfelds Landen, wenigstens über den Kreisen der Angestellten und Beamten, und damit alle intellektuellen Kreise treffend. Mut und Selbstbefreiung durch richtige Koalition dürfte auch hier eine Aenderung schaffen. — Der Plan der Volkshochschule wird demnächst eine Aenderung erfahren in einem Sinne, der geeignet sein dürfte, das vorhandene berechtigte Mißtrauen der Arbeiterschaft zu beseitigen. — In der jetzt äußerst lebhaften Debatte über die Einigungsfrage nimmt die hiesige unabhängige „Mansfelder Volkszeitung" einen unversöhnlichen Standpunkt ein. Sie, die selbst Imperialisten vom Schlage Clemenceaus als Kronzeugen gegen die deutsche Republik anruft, dürfte wohl als ein Organ zweiter Garnitur letzten Endes und wenn notwendig, sich ohne Murren den stärkeren Verhältnissen fügen müssen!

Parteinachrichten.

Die Vorarlberger Sozialdemokraten für den Anschluß an Deutschland. Die Parteileitung der Vorarlberger Sozialdemokratie erläßt im Züricher „Volksrecht" eine Erklärung, daß die Vorarlberger Arbeiterschaft aus wirtschaftlichen Gründen dem Anschluß an die Schweiz nicht zustimmen könne; sie hoffe auf Anschluß an Deutschland.

Amtliche Bekanntmachungen für Halle a. d. S.

Bekanntmachung.

Nach Auflösung der Altkleiderverwertungsstelle in Halle ist das Reichskleiderlager 34 mit der alleinigen Verteilung von Reichsware an hiesige Gewerbetreibende beauftragt worden.

Wir ersuchen hierdurch diejenigen Gewerbetreibenden der Stadt Halle, die bisher in den Listen der Altkleiderstelle nicht eingetragen waren und von dort noch nicht beliefert worden sind, umgehend einen Antrag auf Belieferung zu stellen.

Es sind nur diejenigen Waren anzugeben, welche bisher geführt worden sind. In Betracht kommen nur Einzelhandelsgeschäfte.

Der Antrag ist schriftlich an die unterzeichnete Stelle bis zum 10. d. Mts. zu richten.

Reichskleiderlager 34, Halle,
Große Ulrichstr. 54.

Lebensmittel-Kalender.

Der Verkauf von Quark erfolgt am Donnerstag, den 4. Dezember, auf den Abschnitt 17 für die eingetragenen Kunden bei den Milchhändlern Hopfeld, Streiberstr. 29, Hentze, Zenkerstr. 6, Erde, Delitzscher Str. 10 und den Milchhändlerinnen Rincke, Goethestr. 13 und Schwenke, Beesener Str. 68. Auf jeden Abschnitt wird ½ Pfund Quark zum Preise von 78 Pfg. abgegeben. Die abgetrennten Abschnitte sind bis Sonnabend, den 6. Dezember, abzuliefern.

Städtischer Verkauf von Käse in der Talamtschule am Donnerstag, den 4. Dezember. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 39 001 bis 39 500 vormittags von 8 bis 12 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes wird ⅕ Pfund Käse zum Preise von 60 Pf. abgegeben, sofern der Verkauf in Spalte 7 des alten Lebensmittelscheines noch nicht eingetragen worden ist. Der alte Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereitzuhalten.

Städtischer Verkauf von Sprotten in Oel in der Talamtschule am Donnerstag, den 4. Dezember. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 65 011 bis 70 500 vormittags von 8 bis 12 Uhr und die Inhaber der Nummern 70 501 bis 78 500 nachmittags von 2 bis 6 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes wird eine Dose zum Preise von 2,20 Mk. abgegeben. Der neue Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereitzuhalten.

Sacharin. Die Inhaber von Apotheken und Drogengeschäften werden hierdurch aufgefordert, am Donnerstag, den 4. Dezember, im Stadternährungsamt, Marktplatz 22, 3. Obergeschoß, Zimmer 41, in den Vormittagsstunden von 8 bis 12½ Uhr, die Bezugsscheine für Sacharin abzuholen. Ein **Ausweis** ist mitzubringen.

Dänische Sahnenmilch. Die leider in letzter Zeit in verstärktem Maße hervorgetretene Milchknappheit, häufig noch gesteigert durch die Verkehrsschwierigkeiten, verhindert oft die volle Belieferung der Milchversorgungsberechtigten. Zur Behebung des bestehenden Uebelstandes in der laufenden Woche soll als Ersatz für fehlende Frischmilch dänische Sahnenmilch in Flaschen zugewiesen werden. Denjenigen milchversorgungsberechtigten Personen, welche von ihrem Milchhändler nicht voll beliefert werden können und mit einer Kürzung der zustehenden Milchmenge nicht einverstanden sind, steht es deshalb frei, an Stelle von Vollmilch Flaschenmilch einzukaufen. Auf die vom 4. bis 7. Dezember gültigen 4 Abschnitte der Milchkarte können abgegeben werden an die Inhaber der Milchkarten der Klasse 1 und 2 je 2 Flaschen, der Klasse 3 je 1 Flasche dänische Sahnenmilch. Der Preis einer Flasche beträgt 4,80 Mk. Die Milch hat etwa 9 Proz. Fettgehalt, übertrifft daher die übliche Vollmilch mit nur etwa 3 Prozent erheblich an Nährwert. Die vorstehende Anordnung gilt nur für die laufende Woche. Von Montag, den 8. Dez., an wird mit dem Beginn der neuen Milchkarten eine anderweite Regelung der Milchversorgung eintreten und erfolgt weitere Bekanntmachung in den nächsten Tagen.

Amtliche Bekanntmachungen für Weißenfels.

Roßfleischverkauf. Roßfleischmarke 10. Von heute mittag 2—4 Uhr die Nummern 1001—1250, 4—6 Uhr 1251—1500. Auf jede Marke werden 150 Gramm Gehacktes zum Preise von 60 Pfennig verabfolgt. Roßschlächter Hoffmann.

Holzpantoffeln
in guter, sauberer Ausführung
für Frauen à Paar 4.—, 4.25, 4.50 Mk.
für Kinder à Paar 3.—, 3.25, 3.50, 3.75 Mk.
Otto Fricke, Kl. Ulrichstr. 9, im Hof.
Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Bei Störungen u. Stockungen der Blutzirkulation gebrauchen Sie sofort stets die seit vielen Jahren erprobten echten Menstruationstropfen
„Frebar", extrastark.
Erhöhte, beschleunigte Wirksamkeit durch Doppelflaschen extrastark in Verbindung mit Frebar-Pulver oder Frebar-Tee. Erhältlich in allen größeren Apotheken, Drogerien und einschlägigen Geschäften. Hauptdepots: Adler-Apotheke, Geiststr. 15; Sanitäts-Depot, Leipzigerstr. 11; E. Kortzscher, Leipzigerstr. (Ecke Poststraße); H. Mappenbach, Gr. Ulrichstr., M. Waltsgott Nachf., Gr. Ulrichstraße 30.
Generalvertrieb: 9968
PHARMACOPIA, Berlin C. 19, Wallstraße 26.

Alle Sorten Felle, Häute, Tierhaare u. Wolle
kaufen zu Höchstpreisen
Gebr. Danglowitz,
Fischerplan 2. Tel. 1178

Erstklassige **Taschenlampen-Batterien**
Stück Mk. 1.25,
stets frisch u. geprüft bei
M. Bartl,
Bonbongeschäft,
Große Steinstr. 34,
Ecke Margaretenstr.

Altes Silber
kauft jed. Posten
z. höchst. Preisen
Voss, Geiststr. 46

Möbelvertrieb
Romanus Skipka & Co.
Leipzigerstrasse 16 :: Steinweg 20
Wohnungs-Einrichtungen
in allen Preislagen.
Spezialität:
Verkauf nach Zeichnung zur Lieferung direkt ab Fabrik, daher äusserst preiswert.

Bettnässen
wird sofort beseitigt.
Jedermann erhält kostenlose Auskunft nach Angabe v. Alter u. Geschlecht.
Dr. med. Th. Eisenbach, München,
Schwanthalerstr. 43/A158.

Reparaturen an **Uhren**
übernimmt bei solider Ausführung zu normalen Preisen
Kurt Unger, Uhrmacher,
Gr. Steinstraße 85
(gegenüber Barfüßerstraße).

Stellen finden

Stellmacher,
im Wagenbau erfahren, von Fahrzeugwerk (?) in dauernde Stellung gesucht.
Offerten unter V. St. 17 an die Exped. dies. Zeitung.

Bei Einkäufen
bitten wir unsere Parteigenossen und Leser sich auf die Inserate in der „Volksstimme" zu beziehen.

In der Buchhandlung
der Volksstimme, Gr. Ulrichstr. 27
sind wieder vorrätig:
Ueber Verfassungswesen.
Drei Abhandlungen v. Ferd. Lassalle.
Ueber Verfassungswesen (Vortrag).
Was nun? (Zweiter Vortrag).
Macht und Recht (Offenes Handschreiben).
Neue Ausgabe, mit Einleitungen versehen von Eduard Bernstein.
Bestellungen nehmen unsere Austräger entgegen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519191203-14/fragment/page=0006